

**STATISTISCHES  
BUNDESAMT  
WIESBADEN**

# **ALLGEMEINE STATISTIK DES AUSLANDES**

**Länderkurzberichte**

**TSCHECHOSLOWAKEI**

**1969**



Bestellnummer : 130300 - 690020

**VERLAG: W. KOHLHAMMER GMBH, STUTTGART UND MAINZ**

## I n n h a l t

	Seite
Vorbemerkung . . . . .	3
Karten . . . . .	4
Staats- und Verwaltungsaufbau . . . . .	6
Erläuterungen zum Tabellenteil . . . . .	7
 Tabellen	
Klimadaten . . . . .	12
Gebiet und Bevölkerung . . . . .	12
Gesundheitswesen . . . . .	15
Bildungswesen . . . . .	16
Erwerbstätigkeit . . . . .	17
Land- und Forstwirtschaft, Jagd, Fischerei . . . . .	18
Produzierendes Gewerbe . . . . .	20
Außenhandel . . . . .	22
Verkehr . . . . .	23
Fremdenverkehr . . . . .	24
Geld und Kredit . . . . .	25
Öffentliche Finanzen . . . . .	25
Preise und Löhne . . . . .	26
Sozialprodukt . . . . .	28
Wirtschaftsplanung . . . . .	30
Bilaterale Abkommen mit der Bundesrepublik Deutschland . . . . .	31
Quellenhinweise . . . . .	31

## A b k ü r z u n g e n

g = Gramm	Kčs = Tschechoslowakische Krone
kg = Kilogramm	US-\$ = US-Dollar
dz = Doppelzentner	DM = Deutsche Mark
t = Tonne	Std = Stunde
mm = Millimeter	kW = Kilowatt
m = Meter	kWh = Kilowattstunde
km = Kilometer	MW = Megawatt
qm = Quadratmeter	Mrd. = Milliarde
ha = Hektar	Mill. = Million
qkm = Quadratkilometer	St = Stück
l = Liter	JA = Jahresanfang
hl = Hektoliter	JM = Jahresmitte
cbm = Kubikmeter	JE = Jahresende
tkm = Tonnenkilometer	D = Durchschnitt bei nicht addierbaren Größen
BRT = Bruttoregistertonne	

## Z e i c h e n e r k l ä r u n g

- = nichts vorhanden
- 0 = mehr als nichts, aber weniger als die Hälfte der kleinsten Einheit, die in der Tabelle zur Darstellung gebracht werden kann
- . = kein Nachweis vorhanden
- | = grundsätzliche Änderung innerhalb einer Reihe, die den zeitlichen Vergleich beeinträchtigt

Vorläufige, berichtigte und geschätzte Zahlen werden, abgesehen von Ausnahmefällen, nicht als solche gekennzeichnet. Abweichungen in den Summen erklären sich durch Runden der Zahlen.

Bearbeitung abgeschlossen im April 1969

Erschienen im Mai 1969

Nachdruck - auch auszugsweise - nur mit Quellenangabe gestattet.

Preis: DM 1,-

## V o r b e m e r k u n g

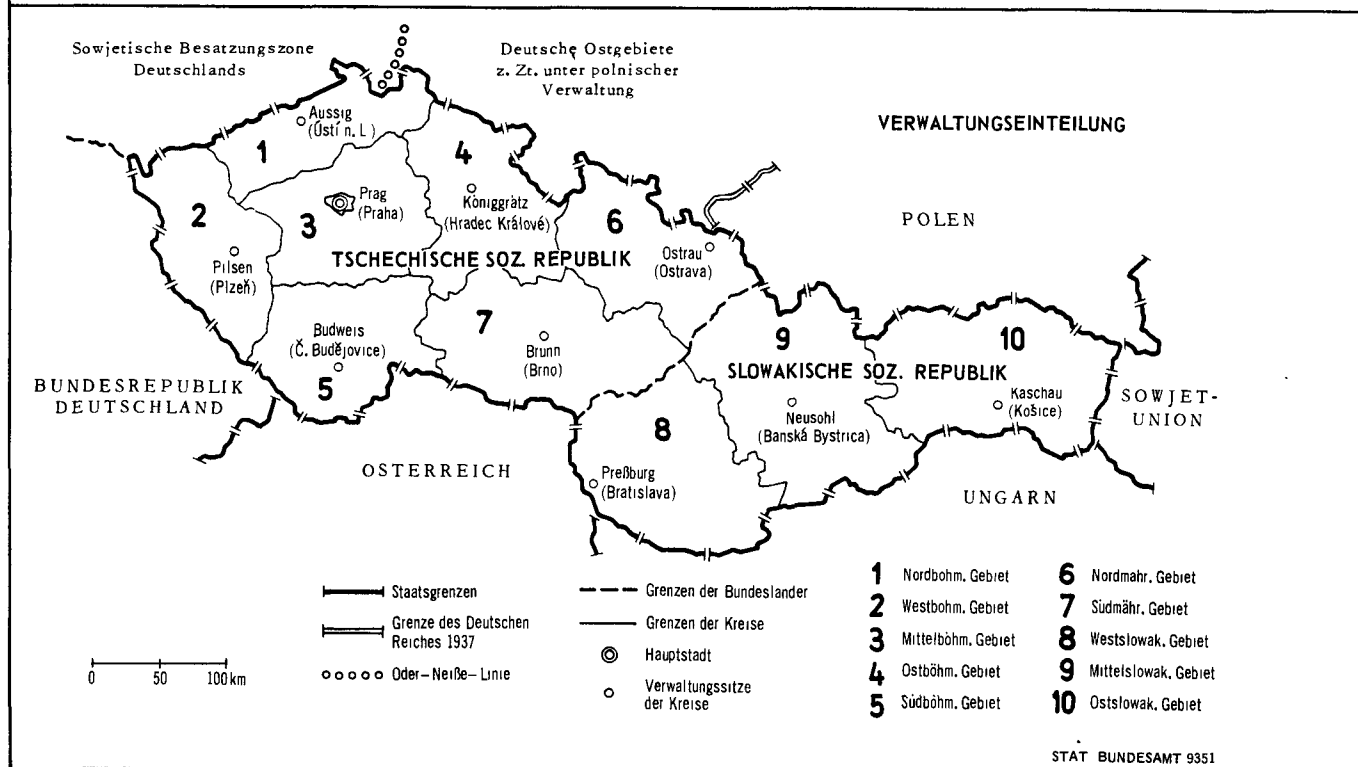
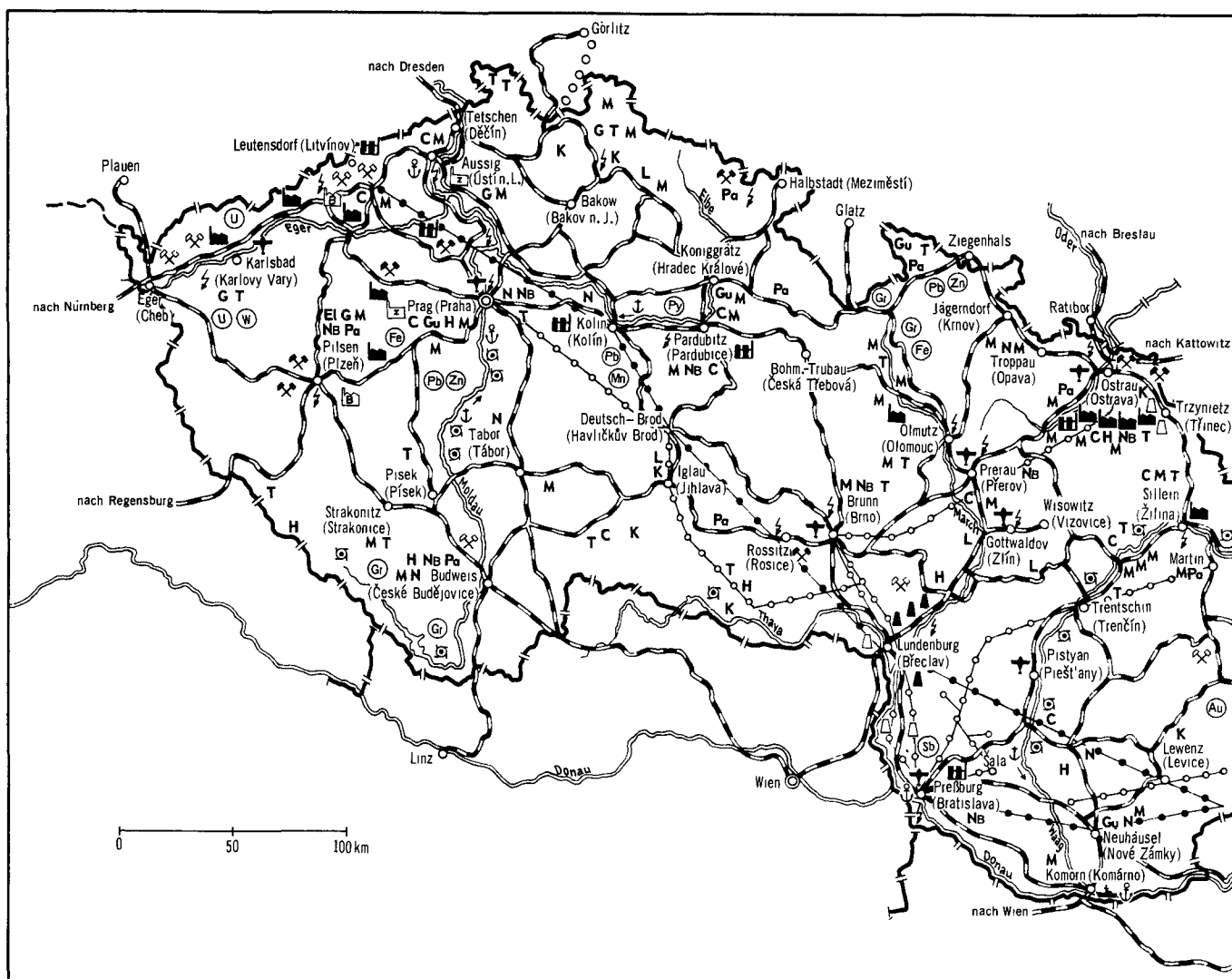
Die in der Reihe "Allgemeine Statistik des Auslandes" erscheinenden "Länderkurzberichte" enthalten eine knappe Zusammenstellung von statistischen Angaben über die demographische und insbesondere wirtschaftliche Struktur und Entwicklung einzelner Länder. In Zielsetzung und Inhalt unterscheiden sie sich von den in der gleichen Reihe veröffentlichten umfassenden "Länderberichten" insbesondere durch eine straffere Auswahl des statistischen Zahlenmaterials und die dadurch ermöglichte aktuellere Berichterstattung. Gegenüber den "Internationalen Monatszahlen" erlauben sie unter Verzicht auf regionale Vergleiche die sachliche Erweiterung der Berichterstattung sowie eine kontinuierliche Bearbeitung nicht nur ausgewählter, sondern fast aller Länder.

Als Quellen für die Zusammenstellung dienen die statistischen Veröffentlichungen sowohl der betreffenden Länder als auch der internationalen Organisationen. Die wichtigsten nationalen Quellen sind am Schluß dieses Berichtes angegeben, während die Kenntnis der einschlägigen internationalen Quellenwerke vorausgesetzt wird. Es werden jeweils die neuesten vorliegenden Zahlen nachgewiesen.

Bei den Statistiken der sozialistisch-kommunistischen Länder ist zu beachten, daß sie weitgehend durch das dort herrschende Wirtschaftssystem bedingt sind. Sie beruhen nur in Ausnahmefällen auf statistischen Erhebungen und fallen in der Regel als Nebenprodukt der Planabrechnung an.

Die Andersartigkeit der Statistiken und der Veröffentlichungspraxis tritt auf vielen Sachgebieten, besonders im Bereich der Preise und Löhne, des Geld-, Kredit- und Finanzwesens, der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und Zahlungsbilanzen deutlich in Erscheinung. Fehlende oder ungenügende Erläuterungen der verwendeten Begriffe und Methoden, in die ein Einblick z. T. nur unzureichend möglich ist, erschweren oft eine sachgerechte Bewertung des Zahlenmaterials.

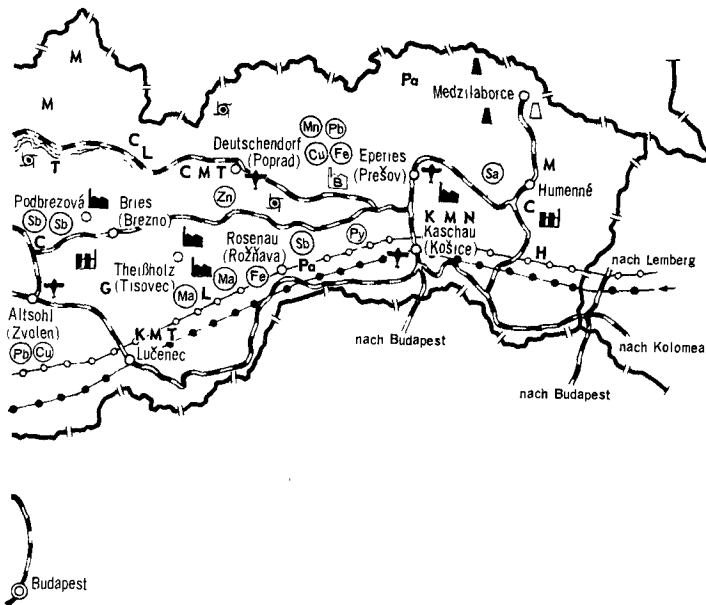
Denjenigen Benutzern, die das Zahlenmaterial in tieferer sachlicher oder zeitlicher Gliederung benötigen oder die sich über Methodenfragen eingehender informieren wollen, stehen im Statistischen Bundesamt die Originalveröffentlichungen und der Auskunftsdienst zur Verfügung.



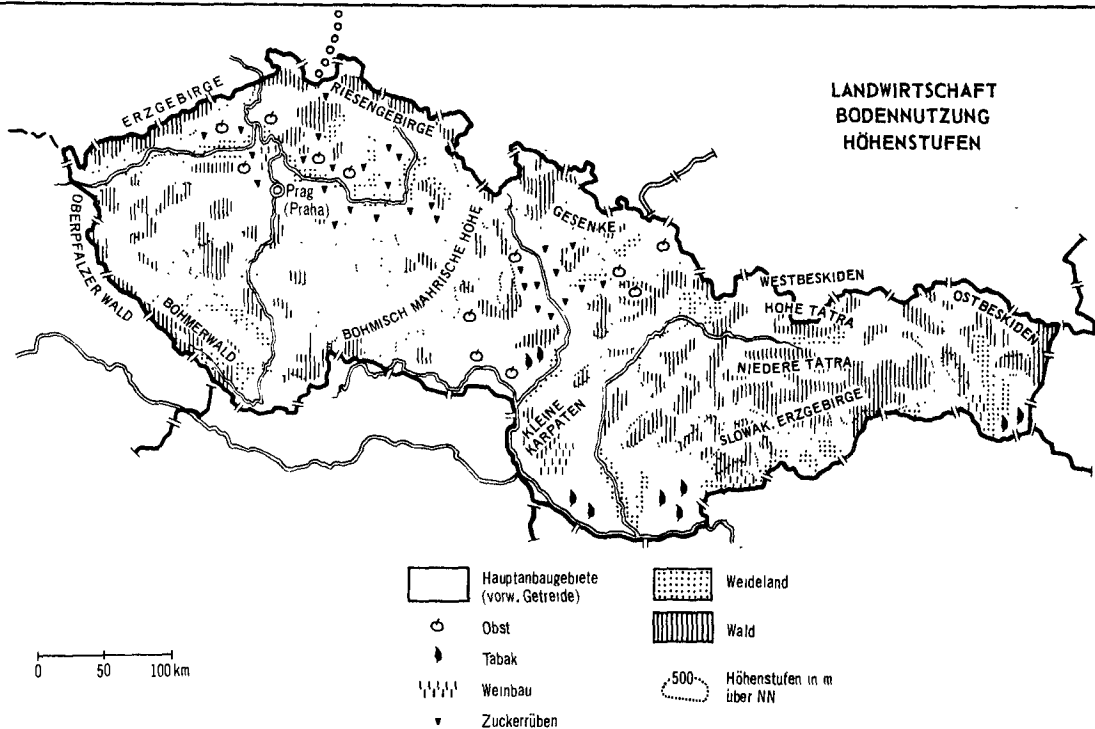
## ZUR WIRTSCHAFTSSTRUKTUR

- Eisenbahnen  
 Flüsse  
 Beginn der Schiffbarkeit  
 Binnenhäfen  
 Flughäfen

- |               |                            |
|---------------|----------------------------|
| Erdöl         | Erdölraffinerien           |
| Erdölleitung  | Eisen- und Stahlherzeugung |
| Erdgas        | Buntmetallverhüttung       |
| Erdgasleitung | Zementfabriken             |
| Steinkohle    | Chemische Industrie        |
| Braunkohle    | Elektroindustrie           |
| Antimon       | Glasindustrie              |
| Blei          | Gummiindustrie             |
| Eisen         | Holzindustrie              |
| Gold          | Keramische Industrie       |
| Graphit       | Leder- und Schuhindustrie  |
| Kupfer        | Maschinenbau               |
| Magnesit      | Nahrungsmittelindustrie    |
| Mangan        | - Brauereien               |
| Pyrit         | Papierfabriken             |
| Salz          | Schiffbau                  |
| Uran          | Textilindustrie            |
| Wolfram       | Wichtige Wärmekraftwerke   |
| Zink          | Wichtige Wasserkraftwerke  |



STAT. BUNDESAMT 9350

LANDWIRTSCHAFT  
BODENNUTZUNG  
HÖHENSTUFEN

STAT. BUNDESAMT 9352

## Staats- und Verwaltungsaufbau

Die Tschechoslowakei (Československá Socialistická Republika/CSSR) ist ein Bundesstaat, der zwei Nationalstaaten, die Tschechische (ČSR) und die Slowakische Sozialistische Republik (SSR), umfaßt. Die föderative Staatsform wurde mit dem Inkrafttreten des neuen Verfassungsgesetzes am 1. Januar 1969 eingeführt.

Seit dem 6. Jahrhundert n. Chr. siedelten Slawen im Gebiet der heutigen Tschechoslowakei. Die Slowakei gehörte vom 11. Jahrhundert bis 1918 zum ungarischen Staatsverband; in Böhmen bestand bis Anfang des 14. Jahrhunderts der Staat der Přemysliden. Nach deren Aussterben fiel das Königreich an die Dynastie der Luxemburger, im 16. Jahrhundert an die Habsburger. Böhmen mit Mähren und Österreichisch-Schlesien bildete einen Teil Österreichs. Die alten Unabhängigkeitsbestrebungen der Tschechen (Hussitenkriege; Aufstand von 1848) führten nach dem ersten Weltkrieg zur Gründung der Tschechoslowakischen Republik (28. Oktober 1918). Außenpolitisch lehnte sich der Staat Frankreich an. Im Innern konnte kein Ausgleich zwischen den Interessen der Nationalitäten gefunden werden. Die Autonomieforderungen der deutschen Volksgruppe führten 1938 zum Anschluß der deutsch besiedelten Gebiete ("Sudetenland" mit rd. 29 000 qkm und 3,7 Mill. Einwohnern) an das Deutsche Reich. Kleinere Gebiete fielen an Polen und Ungarn. Die Slowakei und die Karpaten-Ukraine sollten eine beschränkte Autonomie erhalten. Mit dem Einmarsch deutscher Truppen im März 1939 wurde die Tschechoslowakei aufgelöst. Die tschechischen Gebiete wurden als "Reichsprotektorat Böhmen und Mähren" verwaltet, die Slowakei wurde nominell unabhängig, die Karpaten-Ukraine von Ungarn besetzt.

Seit 1941 bestand eine tschechoslowakische Exilregierung in London. Nach dem Ende des zweiten Weltkriegs erhielt das Land seinen früheren Gebietsstand mit Ausnahme der Karpaten-Ukraine, die zur Sowjetunion kam, zurück. Der überwiegende Teil der Deutschen mußte die Tschechoslowakei verlassen. Aus den Wahlen im Mai 1946 ging als stärkste die Kommunistische Partei hervor. Sie übernahm die Führung einer Koalitionsregierung. Im Frühjahr 1948 wurde der Übergang zur "Volksdemokratie" eingeleitet; in der Folgezeit wurden die politische Struktur und Organisation des Landes zunehmend nach sowjetischem Muster umgestaltet. 1960 folgte die Annahme einer neuen Verfassung und die Proklamation des Staates zur Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik (CSSR). Die folgenden Jahre brachten nach wirtschaftlichen Schwierigkeiten Bemühungen um Reformen und verstärkte Wünsche der Slowaken nach voller Gleichberechtigung im Gesamtstaat.

Staatspräsident Novotný verlor am 5. Januar 1968 sein Amt als Erster Sekretär der Kommunistischen Partei (KPC) und trat am 22. März 1968 als Staatspräsident zurück. Die KPC unter Alexander Dubček leitete Reformen auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens ein. Die Sowjetunion mißbilligte dieses Vorgehen, und am 21. August 1968 besetzten Streitkräfte des Warschauer Paktes die Tschechoslowakei. Unter sowjetischem Druck mußte ein Teil der Reformen, u. a. die erreichte Presse- und Versammlungsfreiheit, wieder beschränkt oder rückgängig gemacht werden.

Staatspräsident ist seit dem 30. März 1968 General Ludvík Svoboda. Nach dem Anfang 1969 in Kraft getretenen Verfassungsgesetz wird der Präsident vom Bundesparlament auf fünf Jahre gewählt. Er ernennt den Ministerpräsidenten und die Minister. Der Präsident und die Regierung sind dem Bundesparlament verantwortlich. Ministerpräsident ist seit dem 8. April 1969 Oldřich Černík. Höchstes gesetzgebendes Organ des Landes ist künftig die Bundesversammlung, die aus der Volkskammer und der Kammer der Nationen besteht. Sie löst die bisherige Nationalversammlung ab. Die 200 Abgeordneten der Volkskammer werden proportional zur Bevölkerungszahl in allgemeinen Wahlen auf vier Jahre direkt gewählt. In die Kammer der Nationen entsenden

beide Republiken aus ihrem Nationalrat je 75 Abgeordnete, die ebenfalls für vier Jahre gewählt werden. Beide Kammern bilden ein gemeinsames Präsidium, das zwischen den Tagungen der Bundesversammlung deren Aufgaben wahrnimmt.

Das aktive Wahlrecht besitzen alle Bürger mit Vollendung des 18., das passive Wahlrecht mit Vollendung des 21. Lebensjahres. Die Wahlen erfolgen aufgrund von Einheitslisten der Nationalen Front, wobei nach dem Wahlgesetz von 1967 künftig auch mehr als ein Kandidat für einen Abgeordnetensitz aufgestellt werden darf. Auf die Einheitsliste entfielen bei den Wahlen von 1964 99,9 % aller abgegebenen Stimmen. Der KPC gehörten Mitte 1966 etwa 1,7 Mill. Mitglieder an. Erster Sekretär des Zentralkomitees ist seit dem 17. April 1969 Gustav Husák. Mit der Ablösung Alexander Dubčeks wurde das Parteipräsidium von 21 auf 11 Mitglieder verkleinert. Die 1968 fälligen Parlamentswahlen sind aufgrund der politischen Lage verschoben worden und sollen im Jahre 1970 stattfinden.

Durch das am 1. Januar 1969 in Kraft getretene Verfassungsgesetz ist der bisherige tschechoslowakische Einheitsstaat in eine Föderation zweier Bundesländer, der "Tschechischen Sozialistischen Republik" und der "Slowakischen Sozialistischen Republik" umgewandelt worden. In die ausschließliche Kompetenz des Bundesstaats gehören nur die Außenpolitik, Landesverteidigung, materielle Staatsreserven, die Bundesgesetzgebung und -verwaltung, die Kontrolle der Bundesorgane und der Verfassungsschutz. Die meisten Staatsaufgaben werden von der Föderation und den nationalen Republiken gemeinsam wahrgenommen. Beide Republiken besitzen eigene Regierungen und Parlamente als Exekutiv- und Legislativorgane. Die jeweiligen Nationalräte wählen die Minister und Ministerpräsidenten der Republiken. Das bundesstaatliche Prinzip wird durch die Vormachtstellung der KPC eingeschränkt; sie ist nur teilweise der Föderalisierung entsprechend umorganisiert worden und lenkt über die aus ihr selbst, weiteren politischen Parteien sowie den Massenorganisationen bestehende "Nationale Front" zentral die politischen Entscheidungen. Die Verwaltungseinteilung der Republiken umfaßt nach dem Stand von 1966 10 Gebiete oder "Kreise" (Kraje), zu denen Prag als Stadtregion kommt, 108 Bezirke (Okresy) und 10 733 Gemeinden, davon 296 Städte. Örtliche und regionale Verwaltungsorgane sind "Nationalausschüsse", die nach denselben Regeln wie die Parlamente gewählt werden. Bis 1969 sind auch die Großstädte Preßburg, Brünn, Pilsen und Ostrau in den Rang selbständiger Stadtgebiete erhoben worden; diese Änderungen werden in den Statistiken bisher nicht berücksichtigt.

Recht und Rechtsprechung sind seit 1950 nach sowjetischem Vorbild geordnet. Durch die Reform von 1952 ist eine von der Justiz unabhängige Staatsanwaltschaft eingeführt worden. Höchste Instanz ist das Oberste Gericht. Die Richter werden von den Nationalausschüssen bzw. für das Oberste Gericht vom Parlament auf 5 Jahre gewählt. Nachgeordnet sind Gebiets- und Bezirksgerichte. Richter üben ihre Funktion entweder beruflich oder ehrenamtlich aus. Durch gewählte Volksgerichte in den Orten und Arbeitsstätten soll die Bevölkerung an der Ausübung der Gerichtsbarkeit direkt teilnehmen. Ein neues Strafrecht trat am 1. Januar 1962 in Kraft. Neben dem Obersten Gericht besteht seit Anfang 1969 ein Verfassungsgerichtshof.

Die Tschechoslowakei ist Mitglied der Vereinten Nationen und ihrer Sonderorganisationen mit Ausnahme der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (IBRD), der Internationalen Finanzkorporation (IFC), des Internationalen Währungsfonds (IMF) und der Organisation für Ernährung und Landwirtschaft (FAO). Das Land gehört dem Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW/Comecon) und dem Warschauer Vertrag an.

## Erläuterungen zum Tabellenteil

### Gebiet und Bevölkerung

Im westlichen Teil des Landes bildet das Böhmisches Massiv eine Fortsetzung der deutschen und österreichischen Mittelgebirge. Die Slowakei im Osten umfaßt die westlichen Karpaten mit ihrem Vorland und hat Anteil an den Ungarischen Tiefebene. Mähren bildet den Übergangsbereich zwischen beiden Landesteilen sowie zwischen Oberschlesien und Österreich. Das böhmische Mittelgebirgsland ist ein bis 900 m ansteigendes Berg- und Hügelland mit eingelagerten Becken und Senken, dessen ausgedehnte, von Flußtalern zerschnittene Abtragungsflächen stellenweise von vulkanischen Kuppen und Härtlingsrücken überragt werden. An drei Seiten umschließen höhere Gebirge das Land: nach Bayern der Böhmerwald (Plöckenstein 1 378 m), im Nordwesten das Erzgebirge (Keilberg 1 244 m) und im Nordosten die Sudeten (Riesengebirge, Schneekoppe 1 603 m). Die Randgebirge bestehen vorwiegend aus bewaldeten Kämme, nur die höchsten Gipfel ragen über die Waldgrenze hinauf. Das Becken der Elbe im Nordböhmen ist durch die Klimaverhältnisse begünstigt und dicht besiedelt. Auf Mergel- und Lössböden ist hier eine waldlose Bördenlandschaft mit Weizen-, Zuckerrüben- und Hopfenbau entstanden. Mit steigender Höhe nimmt die Lössbedeckung ab; hier sind noch ausgedehnte Wälder erhalten. In Durchbrüchen durch das Elbsandsteingebirge führt die Elbe alle Gewässer Böhmens nach Norden.

Zwischen dem Böhmisches Massiv und den Karpaten liegt Mähren. Hochflächen im Norden schließen an die Sudeten an. Im Nordosten öffnet sich die Mährische Pforte zur Oder, die Mitte und der Süden werden von der March zur Donau entwässert. Im Norden hat Mähren Anteil am ober-schlesischen Kohlenrevier. Hier ist der Raum um Ostrau (Ostrava) zu einem Hauptzentrum der Industrie geworden. Den slowakischen Osten nimmt großenteils das bewaldete Bergland der Westkarpaten ein (Beskiden, Tatra, Slowakisches Erzgebirge). Sie haben, mit Ausnahme der höchsten Gipfel der Hohen Tatra (Gerisdorfer Spitze 2 663 m), Mittelgebirgsformen. Durch zahlreiche Längs- und Quertäler ist das Gebirge nach Süden zum Tiefland an der Donau hin geöffnet. Die ausgedehnten Wälder mit Eichen, Buchen und Fichten reichen über 1 400 m empor, darüber dehnen sich Hochweiden aus.

Die Tschechoslowakei liegt im Übergangsbereich zwischen dem atlantisch geprägten Klima Westeuropas und dem osteuropäischen Kontinentalklima. In Böhmen und Mähren überwiegen die maritimen, in der Slowakei die kontinentalen Einflüsse. Die mildesten Gebiete sind die Donauniederung, die südmährischen Talsenken und das Elbegebiet, wo sich die durchschnittliche Jahrestemperatur um 10° C bewegt. Die kältesten Punkte liegen auf den Kämmen der böhmischen Randgebirge und in der Tatra. Die jährlichen Regenhöhen erreichen größtenteils über 500 mm, im Gebirge überschreiten sie 2 000 mm.

Gegenüber 14,4 Mill. Einwohnern 1937 zählte die Tschechoslowakei 1948 nur noch 12,3 Mill. Dieser Rückgang war bedingt durch die Abtretung der Karpatenukraine an die Sowjetunion und durch die Bevölkerungsverluste im und nach dem zweiten Weltkrieg (Judenverfolgung; Vertreibung der Sudetendeutschen und vieler Ungarn). Erst 1968 hatte die Einwohnerzahl den Vorkriegsstand wieder erreicht, da die natürliche Zuwachsrate der Bevölkerung (besonders im tschechischen Landesteil) zurückging und heute zu den niedrigsten in Europa gehört. Durch eine staatlich gelenkte Binnenwanderung sind über 1,5 Mill. Personen, darunter viele Slowaken, Ungarn, Ukrainer und Zigeuner, neu in den weitgehend entvölkerten früheren deutschen Siedlungsgebieten angesiedelt worden. Die Ein- und Auswanderung nach 1945 hielt sich, abgesehen von den Umsiedlungen, in engen Grenzen. Ab 1965 sind größere Teile der verbliebenen Deutschen nach Deutschland abgewandert. Die politischen Ereignisse seit August 1968 haben mehrere zehntausend Tschechen und Slowaken aus politischen Gründen zur Emigration nach Jugoslawien und in westliche Länder veranlaßt.

Neben den Tschechen und Slowaken gibt es die Minderheiten der Ungarn, Deutschen, Polen, Ruthenen (Ukrainer) und Zigeuner. 1945 war den Minderheitengruppen die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft abgesprochen worden und erst Ende 1948 mit Vorbehalten wieder zuerkannt, wobei die Rechtsstellung der Deutschen lange benachteiligt war. Parallel mit der Verfassungsänderung zur Neugestaltung der Beziehungen zwischen Tschechen und Slowaken wurden 1968 gesetzliche Grund-

lagen zur Sicherung der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Gleichberechtigung der nationalen Minderheiten geschaffen. Nach dem Nationalitätengesetz vom Oktober v. J. erhalten die kleineren Volksgruppen weitgehende Rechte zur Sicherung und Pflege ihrer Kultur und Sprache, von denen jetzt erstmals ausdrücklich alle Nationalitäten, auch die Deutschen, Gebrauch machen dürfen.

Die Ungarn der Südslowakei bilden heute die stärkste Minderheitengruppe. Einige Zehntausend leben auch im tschechischen Landesteil, wo sie nach dem Kriege zwangsweise angesiedelt wurden. Die deutsche Minderheit lebt nicht mehr in geschlossenen Siedlungsgebieten, sondern weitgehend zerstreut und bildet auch an Schwerpunkten wie Gablonz (Jablonec), Warnsdorf (Varnsdorf) oder Falkenau (Sokolov) nicht die Mehrheit der Einwohnerschaft. Die Zahl der im Lande verbliebenen Deutschen ist z. Z. nicht genau bestimmbar, da die Angaben der letzten Volkszählung sicher zu niedrig lagen, andererseits die Abwanderung und die Assimilierung weitergehen. Schätzungen bewegen sich zwischen 125 000 und über 200 000. Von den rd. 220 000 Zigeunern wohnt der größte Teil (etwa 165 000) in der industriell schwach entwickelten Slowakei. Die Regierung bemüht sich um eine dauernde Seßhaftmachung der oft unter primitiven Verhältnissen lebenden Zigeuner, deren Ansiedlung aber bisher nur teilweise erfolgreich war.

Gleichberechtigte Landessprachen sind in der ganzen Tschechoslowakei das Tschechische und das Slowakische. Daneben werden die Sprachen der Minderheiten gesprochen. Die tschechische und die slowakische Sprache gehören zum Westzweig der slawischen Sprachen. Beide sind eng miteinander verwandt und werden mit lateinischen Buchstaben, ergänzt durch einige diakritische Zeichen, geschrieben. Tschechisch sprechen rd. neun Millionen Menschen im geschlossenen Sprachgebiet von Böhmen und Mähren. Das Slowakische wird von etwa 3,5 Mill. Menschen in der Slowakei gesprochen. Das geschlossene ungarische Sprachgebiet liegt an der slowakisch-ungarischen Grenze. Die Ukrainer sind in der Ostslowakei, Polen im Olsagebiet, nahe dem ober-schlesischen Industriegebiet konzentriert.

Die Freiheit des religiösen Bekenntnisses wird von der Verfassung garantiert. Mit dem Kirchengesetz von Oktober 1949 hat der Staat die kirchliche Verwaltung und die Besoldung der Geistlichen übernommen. Seither waren alle kirchlichen Organisationen einer weitgehenden Kontrolle und Beschränkung ihrer Tätigkeit unterworfen, die erst in den letzten Jahren gelockert wurde. Verlässliche neuere Daten über die Konfessionszugehörigkeit fehlen, da sie bei amtlichen Zählungen nicht mehr erfragt wird.

### Gesundheitswesen

Die Einrichtungen der Gesundheitsfürsorge sind seit 1952 verstaatlicht; alle Krankenhäuser und Heilstätten einschließlich der Bäder werden vom Staat unterhalten. Die Behandlung ist kostenlos. Beiträge werden vom Arbeitgeber (d. h. in der Regel vom staatlichen Betrieb) aufgebracht. Die verbreitetsten Krankheiten sind heute Herz- und Gefäßerkrankungen, Tumoren, Nervenkrankheiten, Krankheiten der Luftwege und Unfälle; sie zusammen verursachen mehr als 80 % aller Todesfälle. Infektionskrankheiten sind seit der Vorkriegszeit stark zurückgedrängt worden; die Tuberkulose ist noch relativ verbreitet.

Mit der kostenlosen Gesundheitsfürsorge umfaßt die Krankenversicherung praktisch alle Erwerbstätigen und deren Familienangehörige. Neben der Kurbehandlung und der Erholung in Gewerkschaftsheimen, auch für Kinder, werden vor allem finanzielle Leistungen gewährt, die den Lohnausfall während der Krankheit bis zu 90 % des Verdienstes ersetzen. Vorbeugende ärztliche Untersuchungen sind für alle Beschäftigte, Mitglieder von Genossenschaften sowie deren Familienangehörige, für Kinder bis zum 15. Lebensjahr und alle Frauen kostenlos. Es besteht ein Netz der Kreis-, Bezirks- und Abschnitts-Ambulatorien in Verbindung mit einer entsprechenden Zahl von Polikliniken, allgemeinen und Fach-Krankenhäusern und den Behandlungs- und Forschungseinrichtungen der medizinischen Fakultäten. Daneben bestehen Säuglingsheime, Kinderhorte, der Schulgesund-

heitsdienst, Rettungsdienst und Spezialeinrichtungen des Gesundheitsdienstes. Kinder im Vorschulalter werden in bestimmten Zeitabständen untersucht. Im Schulgesundheitsdienst arbeiten die Schulen mit den Ambulatorien zusammen. Im Jahre 1966 gab es neben den Krankenhäusern 394 Polikliniken, 1 810 Ambulatorien und 867 ärztliche Stationen sowie 2 487 Beratungsstellen für Mutter und Kind. Darüber hinaus bestanden 70 betriebseigene Polikliniken und 653 Ambulatorien.

Die Einrichtungen der Gesundheitsfürsorge bieten auch Ausländern ärztliche Pflege und Behandlung. Erste Hilfe wird kostenlos gewährt; Heilbehandlungen oder der Aufenthalt im Krankenhaus müssen in Valuten beglichen werden. Kuraufenthalte in den böhmischen und slowakischen Badeorten sind heute ein wichtiger Zweig des Fremdenverkehrs.

### Bildungswesen

Seit der Reform von 1948, die eine Schulpflichtverlängerung und eine Vereinheitlichung des öffentlichen Unterrichtswesens gebracht hatte, sind weitere Schulreformen (1953, 1960 und 1964) erfolgt. Ihr Grundprinzip war eine engere Verbindung des allgemeinbildenden Unterrichts mit der Berufsausbildung im Betrieb. Es besteht Schulpflicht für alle Kinder vom 6. bis zum 15. Lebensjahr. Der Schulbesuch ist unentgeltlich. Auch an den Hochschulen werden keine Gebühren erhoben. Schüler der höheren Schulen und Studenten der Hochschulen erhalten Stipendien, deren Höhe nach dem Studienerfolg und der sozialen Stellung der Eltern gestaffelt ist.

Die Ausbildung gliedert sich in zwei Bildungsstufen: Die erste bildet die neunjährige Grundschule. Außer den Pflichtfächern (Muttersprache, Russisch, Grundlagen der Natur- und Gesellschaftswissenschaften, Mathematik) wird in einer Reihe von Wahlfächern unterrichtet, vornehmlich Fremdsprachen (Deutsch, Englisch, Französisch, Spanisch). Eine praktische Ausbildung erfolgt in Schulwerkstätten, gewerblichen und landwirtschaftlichen Betrieben. Religionsunterricht ist freiwillig möglich. Zur zweiten Stufe für Schüler nach dem 15. Lebensjahr gehören Lehrwerkstätten und Lehrlingsschulen in den Betrieben oder bei den Nationalausschüssen; die Ausbildung dauert zwei bis drei Jahre. Höhere Schulen für Werktätige (Abend-, Fern- oder Schichtschulen) vermitteln Jungarbeitern mit Grundschulbildung und abgeschlossener Lehre in drei Jahren den Wissensstoff der allgemeinbildenden höheren Schulen und bereiten sie auf den Besuch von Hochschulen vor.

Fachschulen haben eine vier- oder zweijährige Ausbildungszeit, je nachdem, ob sie auf der neunklassigen Grundschule oder der höheren Schule aufbauen. Die allgemeinbildende höhere Schule entspricht mit drei, in Zukunft vier Jahren etwa den früheren Gymnasien und soll hauptsächlich auf einen Hochschulbesuch vorbereiten. Es bestehen allgemeine, mathematisch-physikalische und chemisch-biologische Zweige. Für alle Jahrgänge sind acht Wochenstunden Produktionspraxis vorgesehen. Auf den höheren Schulen können von der zehnten Klasse an zusätzlich zur Pflichtsprache Russisch auch andere Fremdsprachen als Wahlfach gewählt werden (Deutsch liegt dabei nach der Zahl der Anmeldungen vor Englisch und Französisch).

Es gibt 35 Hochschulen mit 98 Fakultäten, darunter sechs Universitäten, unter denen die 1348 gegründete Karls-Universität in Prag die älteste deutschsprachige Universität überhaupt war. Außerdem bestehen 12 Technische Hochschulen oder Institute, sechs Kunsthochschulen und zehn pädagogische Hochschulen. An der in den Rang einer Universität erhobenen Parteihochschule soll das Studium künftig neben den politischen Fächern eine verstärkte Ausbildung in sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Fächern umfassen. Die Hochschulen werden auch von ausländischen Studenten besucht, insbesondere aus den Entwicklungsländern, die meist Stipendien erhalten. An der Prager "Universität des 17. November" studieren nur ausländische Studenten. 1964/65 waren an dieser Hochschule mehr als 3 000 Studenten aus 78 Ländern eingeschrieben.

In allen Bildungseinrichtungen wird grundsätzlich die Nationalsprache des jeweiligen Landesteils (Tschechisch oder Slowakisch) als Unterrichtssprache gebraucht. Für die ungarische, ruthenische (ukrainische) und polnische Minderheit gibt es in ihren Siedlungsgebieten z.T. eigene Schulen. Das vor 1945 bestehende deutsche Schulwesen ist mit der Aussiedlung der Sudetendeutschen verschunden. Die verbliebene kleine deutsche

Minderheit war lange ohne eigene Bildungseinrichtungen. Erst seit der Reform des Minderheitenrechts im Oktober 1968 konnte die Neugründung eines eigenen Kulturverbandes vorbereitet werden. Ein Gründungskongreß im Juni 1969 soll die organisatorische Voraussetzung dafür schaffen, künftig die kulturellen Interessen der Deutschen zu pflegen und möglichst auch eigene deutsche Schulen für die Minderheit einzurichten. Diese Pläne werden nicht leicht zu verwirklichen sein, da die Deutschen heute überall nur als Minderheit neben den übrigen Nationalitäten leben.

### Erwerbstätigkeit

Im Jahre 1967 waren über 97 % aller Erwerbspersonen im sozialistischen Sektor tätig (85 % in Staatsbetrieben und 12,5 % in Genossenschaften, davon 10,3 % in landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften). Der Anteil des privaten Sektors betrug im gleichen Jahr nur 2,5 %, ganz überwiegend privat wirtschaftende Bauern (2,4 %). Die Zahl der Erwerbstätigen lag mit 6,7 Mill. 1967 um über 600 000 höher als 1960. Im gleichen Zeitraum ist der Anteil der in der Industrie Beschäftigten von 37,7 % auf 38,4 % gestiegen, der Anteil der in der Landwirtschaft Tätigen von 25,9 % auf 19,9 % gesunken. Die Regierung ist heute bemüht, eine weitere Abwanderung von Arbeitskräften aus der Landwirtschaft zu verhindern und jüngere Fachkräfte für sie zu gewinnen, da besonders bei Genossenschafts- und Einzelbauern die Jahrgänge der unter Dreißigjährigen sehr schwach vertreten sind. Der Anteil der Frauen an den Erwerbstätigen stieg von 1960 bis 1967 von 42,8 % auf 45,5 %. Die absolute Zunahme der Zahl erwerbstätiger Frauen in diesem Zeitraum entspricht etwa 75 % der Gesamtzunahme an Erwerbstätigen.

Die "Revolutionäre Gewerkschaftsbewegung" (ROH) ist die zentrale Massenorganisation der Erwerbstätigen. Sie war lange Zeit nur ein Vollzugsorgan der Parteiführung und der Staatsbehörden, ohne eigenes politisches Gewicht. Aktiv beteiligt an der Lenkung der Volkswirtschaft sind die Gewerkschaften über die Erarbeitung der Volkswirtschaftspläne. Sie legen der Regierung Entwürfe für arbeitsrechtliche Gesetze und Maßnahmen vor, verwalten die Krankenversicherung, üben Aufsichtsfunktionen beim Arbeitsschutz aus und schließen mit den Betriebsleitungen Kollektivverträge ab. Die ROH hat etwa 5,5 Mill. Mitglieder; sie ist dem Weltgewerkschaftsbund angeschlossen. Ausgehend von den Vorbereitungen zu allgemeinen Wirtschaftsreformen sind in jüngster Zeit Bestrebungen erkennbar, die Gewerkschaften wieder stärker als eigenständige Interessenorganisationen der Arbeiterschaft zu führen; ab 1968 sollten stufenweise Arbeiterräte in den Produktionsbetrieben eingerichtet werden, denen ein weitgehendes Mitspracherecht zusteht. Im März 1969 verankerten die Gewerkschaften in ihrer Charta das Streikrecht.

Frühere Regelungen zur Kranken-, Unfall-, Invaliden- und Altersversicherung wurden 1948 in dem neu eingeführten nationalen Versicherungssystem zusammengefaßt. Durch die Versicherung geschützt sind Arbeiter, Beamte und Staatsangestellte sowie selbständig Tätige und Genossenschaftsbauern. 1964 wurde das System der sozialen Sicherheit erweitert. Das geltende Arbeitsunfallgesetz von 1956 sieht für Verletzte und deren Angehörige eine zeitlich begrenzte Unterstützung (Krankengeld) durch den Arbeitgeber vor. Der Staat gewährt bei ständiger Arbeitsunfähigkeit eine Rente, ärztliche Betreuung sowie Witwen- und Waisenrenten. Versichert sind Angestellte und Beschäftigte von Produktionsgenossenschaften; für in der Landwirtschaft und freiberuflich tätige Personen gelten bisher Sonderregelungen; sie werden aber zunehmend in die allgemeine Versicherung einbezogen. Seit Juli 1968 gelten neue, verbesserte Bestimmungen für den Mutterschutz (26 Wochen bezahlter und auf Wunsch längerer Urlaub ohne Bezahlung bei der Geburt eines Kindes). Darüber hinaus werden einmalige Prämien für jede Geburt bezahlt, die (unabhängig vom Einkommen der Eltern) nicht sozial, sondern bevölkerungspolitisch motiviert sind. Bei Invalidität und im Alter werden Renten gezahlt. Hinterbliebene haben beim Tod ihres Ernährers ebenfalls Anspruch auf eine Rente. Die Kosten hierfür trägt in voller Höhe der Staat. Für Beschäftigte in der Landwirtschaft und andere Selbstständige wurde ein besonderes Beitragssystem eingeführt.



## Land- und Forstwirtschaft, Jagd, Fischerei

Bodenreformen nach dem ersten und zweiten Weltkrieg haben in der Besitz- und Wirtschaftsstruktur einen völligen Wandel bewirkt. Nach 1945 wurde in erster Linie Land im Siedlungsgebiet der nationalen Minderheiten (Deutsche, Ungarn) enteignet und verteilt. Gegenwärtig gehören etwa 90 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche zum sozialistischen Sektor, davon etwa 25 % den staatlichen Großbetrieben, etwa 65 % den sogenannten Einheitsgenossenschaften des Typs III. Der Umfang der Anbaufläche betrug 1961 erst 91 % des Vorkriegsstandes.

Der Anteil des Ackerlandes lag 1961 im tschechischen Landesteil mit 78,2 % erheblich höher als in der Slowakei (rd. 34 %); hier lag dagegen der Anteil der Wiesen und Weiden (32,3 %) über dem Durchschnitt. Etwa ein Drittel des Staatsgebiets ist bewaldet. Die mittlere Betriebsgröße der Staatsgüter liegt über 4 000 ha, die der Genossenschaften bei 500 bis 600 ha. In der südslowakischen Donaubene erreichen einzelne Einheitsgenossenschaften Betriebsgrößen über 3 000 ha. Der Anteil privater Einzelbauern ist in den gebirgigen Landesteilen am höchsten, deren beschränkte Nutzflächen sich kaum in rationellen Großbetrieben zusammenlegen lassen.

Hauptanbauprodukte sind Weizen, Gerste, Kartoffeln, Zuckerrüben, deren Hektarerträge überdurchschnittlich hoch sind, ferner Roggen und Hopfen. Der Anteil der Industrie- und Futterpflanzen wurde in den letzten Jahren auf Kosten des Getreideanbaues ausgedehnt. Mit verstärkter Mechanisierung, gesteigertem Einsatz von Kunstdünger und Schädlingsbekämpfungsmitteln sind weitere Ertragssteigerungen zu erwarten. Nach den Oberflächen- und Bodenverhältnissen kann das Land in vier Anbauzonen gegliedert werden: Die Maisanbauzone (vorwiegend Schwarzerden) in Südmähren und in der südlichen Slowakei umfaßt etwa 11 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche. Die Rüben-Getreide-Zone (Braunerden, Mergelschieferböden und Schwarzerden) im mittleren und unteren Egergebiet an der Moldau, der Elbe und in Mähren nimmt 21 % der Nutzfläche ein. Kartoffelanbau erfolgt auf Podsolböden in Höhenlagen von 300 bis 750 m (rd. 50 % der Nutzfläche). In der Gebirgszone (oberhalb 550 m) mit feuchtem rauhen Klima herrschen extensiver Anbau und Viehhaltung (Almwirtschaft) vor.

Die Förderung der Viehzucht war bisher vor allem in der Schweine- und Geflügelhaltung erfolgreich. Die Rinderhaltung liefert infolge beträchtlicher Ausdehnung der Weideflächen im mittleren Teil der Slowakei steigende Mengen an Fleisch. Die Zucht von Pferden erfolgt fast ausschließlich durch einige Staatsgüter; der Bestand ist in den letzten Jahren infolge der zunehmenden Maschinisierung zurückgegangen. Die Schafhaltung ist vor allem für Kleinbetriebe wichtig.

Nahezu 70 % der Waldfläche wird von Nadelhölzern eingenommen, die insbesondere im westlichen Teil des Landes überwiegen. Die Nutzung und forstliche Pflege (einschl. Wiederaufforstung) der Wälder, die sich zu etwa 90 % in staatlicher Bewirtschaftung befinden, wird intensiv betrieben. Hauptstandorte der Forstwirtschaft sind die Gebirgsumrandungen Böhmens und die Mittelgebirge der Slowakei, in denen die Waldnutzung die wichtigste Wirtschaftsgrundlage bildet. Der Wildbestand in den Wäldern ist beträchtlich und auch wirtschaftlich wichtig. Die Abschubzahlen sind kürzlich erhöht worden, nachdem früher zu niedrige Bestandszahlen überprüft worden sind; z. B. soll der Hirschbestand von 41 000 Tieren um 13 000 vermindert werden.

Grundlage der Fischerei ist die Teichwirtschaft. Der durchschnittliche Jahreszuwachs an Fischen beträgt je ha Zuchtteichfläche rd. 145 kg. Am wichtigsten ist der Karpfen (90 % der gesamten Fangmenge); außerdem werden Hecht, Zander, Schleie und Blei gefangen. Nur ein geringer Teil der Teiche gehört Genossenschaften oder Einzelpersonen, die meisten Zuchtbetriebe sind staatlich.

## Produzierendes Gewerbe

An der Entstehung des Volkseinkommens ist die Industrie mit 65 % und das Baugewerbe mit etwa 9 % beteiligt. Der Anteil der in der industriellen Produktion Beschäftigten ist seit 1948 von 29,6 % auf 38,5 % im Jahre 1961 gestiegen. Hauptindustriestandorte sind Nord- und Südmähren sowie Böhmen mit dem Industrievier um Prag. Über vier Fünftel der industriellen Erzeugung entfällt auf die tschechischen Landesteile;

vor dem zweiten Weltkrieg war die Slowakei nur mit etwa 8 % an der Produktion beteiligt. Seither entstanden neue Hüttenwerke in Ostrau (Ostrava) und Kaschau (Kosice). Heute ist die Tschechoslowakei eines der am höchsten industrialisierten Länder des Ostblocks. Neben den staatlichen Betrieben, die jeweils zu Nationalunternehmen zusammengefaßt sind, bestehen genossenschaftliche Unternehmen, die einen Anteil von rd. 2,5 % an der gesamten Industrieproduktion haben. Das kommunale produzierende Gewerbe, das den lokalen Organen der Selbstverwaltung (Nationalausschüssen) untersteht, stellt vornehmlich Konsumgüter und Dienstleistungen zur Verfügung; es ist mit etwa 4 % an der Industrieproduktion beteiligt.

Die Energieversorgung wird hauptsächlich durch Wärmekraftwerke auf Braunkohlenbasis, zunehmend auch mit Mineralöl oder Erdgas als Brennstoff gesichert. Sie liefern 90 bis 92 % der gesamten Elektroenergie. Die restlichen 8 bis 10 % des elektrischen Stroms werden von Wasserkraftwerken erzeugt, die meist an den Flußläufen der Moldau und Waag errichtet worden sind. In Nordböhmen sollen bis 1975 sieben Wärmegroßkraftwerke entstehen. Zunehmende Beachtung findet die Kernenergieerzeugung, da die klassischen Brennstoffe sowie die Wasserkraft in Zukunft den wachsenden Bedarf nicht decken werden. In Jaselské Bohunice wird das erste Kernkraftwerk der CSSR gebaut, bis 1980 sollen acht Atomkraftwerke arbeiten. Für ihren Betrieb sollen die heimischen Uranvorkommen genutzt werden. Das Land bezieht über neun Zehntel seines Erdölbedarfs sowie Erdgas aus der Sowjetunion.

Geringe eigene Vorkommen von Erdöl befinden sich bei Egbeil (Gbely) und Göding (Hodonín). Das Land besitzt reiche mineralische Bodenschätze, in erster Linie Steinkohle bei Ostrau, Kladno, Pilsen, Rositz und Trautenau. Die größten Braunkohlenreviere befinden sich bei Brüx (Most) und Falkenau (Sokolov). Bei Nušice (Núčice) südwestlich von Prag werden hochwertige Eisenerze im Tagebau gewonnen. Außerdem finden sich u.a. Vorkommen von Antimon, Kupfer, Gold, Schwefelkies, Blei, Quecksilber, Wolfram, Zink, Graphit und Magnetit. Über den bedeutenden Uranerzbergbau liegen neuere Förderangaben nicht vor.

Der Ausbau der Industrie nach 1945 war nicht auf eine gleichmäßige Erweiterung aller Wirtschaftszweige ausgerichtet, sondern bevorzugte zunächst stark die Schwerindustrie und die chemische Industrie. Besonders schnell entwickelten sich der Maschinenbau (Industrieausrüstungen, Lokomotiven, Landmaschinen, Kraftfahrzeuge, Apparate), der zum bedeutendsten Industriezweig wurde, die chemische Industrie und Hüttenwerke. Hauptzentrum der metallurgischen Industrie ist Ostrau; es bildet mit den Eisenwerken Trzynietz und Witkowitz das größte Industriekombinat des Landes. Die erst seit 1960 aufgebauten Ostslowakischen Eisenwerke Kaschau sind der zweitgrößte Eisen- und Stahlerzeuger des Landes.

Der Anteil der Konsumgüter- und Nahrungsmittelindustrie, vor dem Kriege etwa 70 % der Produktion, ist gesunken, obwohl auch in diesen Branchen eine Steigerung der Produktion erfolgte. Zu den wichtigsten Zweigen der Leichtindustrie zählt die Textilerzeugung (Baumwolle, Wolle, Wirkwaren, Teppiche, Leinen, synthetische Fasern), die Lederverarbeitung (Schuhe), die Nahrungs- und Genussmittelherstellung (Pilsener Bier, Mühlenprodukte, Zucker) sowie die Holz-, Papier-, Glas- und Porzellanindustrie. Einige traditionell wichtige Bereiche werden durch die dynamische Entwicklung neuer Industrien überflügelt (Erzeugung von Kunstfasern und Kunststoffen), z. T. sind diese älteren Wirtschaftszweige auch heute benachteiligt, weil die Betriebsausrüstungen veraltet sind und nicht mehr den technischen Erfordernissen entsprechen (hoher Arbeitskrafteinsatz infolge ungenügender Automation). Der Ausbau der chemischen Industrie erfolgte größtenteils durch neue Produktionsanlagen in der Slowakei, die durch überdurchschnittliche Wirtschaftsinvestitionen dem Entwicklungsstand der westlichen Landesteile angeglichen werden soll und auch noch Arbeitskraftreserven aus der Landwirtschaft abgeben kann. Zudem liegt die Slowakei bei der Verarbeitung sowjetischer Rohstoffe transportgünstiger. Die Industrie, insbesondere die Schwerindustrie, deren Produktion etwa 40 % der Gesamterzeugung ausmacht, ist stark am sowjetischen Markt orientiert. Ihre Spezialisierung und Kooperation mit der sowjetischen Industrie soll noch weiter verstärkt werden.

Die Bauunternehmen sind in sieben Industrievereinigungen zusammengeschlossen, die sich mit der Errichtung von Industrie- und Ingenieurbauten befassen. Beim Wohnungsbau werden zunehmend vorgefertigte Bauteile verwendet; 1965 wurden schon über 50 % aller Mietwohnungen aus solchen Industriebauteilen errichtet. Dennoch kann der Wohnungsbau mit dem Bedarf nicht Schritt halten. Von der rückläufigen Erzeugung von Baumaterial ist er besonders betroffen worden. Obwohl im Staatshaushalt fast 8 % der Ausgaben für Wohnbauten vorgesehen sind, beträgt der Fehlbestand je nach der Berechnungsgrundlage zwischen 200 000 und 500 000 Einheiten.

### Außenhandel

Das Erhebungsgebiet der tschechoslowakischen Außenhandelsstatistik umfaßt das Staatsgebiet. Nachgewiesen wird der Generalhandel. Die Länderangaben beziehen sich in der Einfuhr auf das Einkaufsland, in der Ausfuhr auf das Käuferland der Ware. Die Wertangaben stellen in der Einfuhr und Ausfuhr FOB-Werte dar und sind in allen Jahren zum Durchschnittskurs von 1 000 Kčs = 138,89 US-\$ umgerechnet.

Der Außenhandel wird, wie die gesamte Volkswirtschaft, staatlich gelenkt, doch soll künftig den staatlichen Außenhandelsunternehmen eine größere Selbständigkeit zugestanden werden. Einige Dutzend große Produktionsbetriebe dürfen neuerdings direkt exportieren. Durch einen frei verwendbaren Anteil am Devisenerlös sollen die beteiligten Unternehmen angeregt werden, ihre Produktion verstärkt auf die Außenhandelsanforderungen abzustimmen. Der Warenaustausch mit der Sowjetunion und den übrigen RGW-Ländern nimmt einen überragenden Platz im Außenhandel ein (im Durchschnitt der letzten Jahre 65 bis 70 % des Gesamtvolumens).

Genauere Vergleiche sind schwer möglich, weil die verfügbaren Zahlen unvollständig sind; z. B. werden keine Angaben über Rüstungsgüter und Uranerzlieferungen aus der Tschechoslowakei veröffentlicht, häufig stimmen auch die Warenpreise im Handel mit dem Ostblock nicht mit den Weltmarktpreisen überein. Die aus der Sowjetunion eingeführten Waren müssen z. T. doppelt so teuer bezahlt werden wie gleiche Waren im westlichen Ausland; umgekehrt liegt das Preisniveau bei Ausfuhren in die Sowjetunion um rund 1/3 unter den Preisen des Weltmarktes, wobei allerdings Qualitätsunterschiede nicht berücksichtigt sind. Hauptausfuhrwaren der Tschechoslowakei sind Maschinen und Ausrüstungen, zunehmend ganze Investitionskomplexe für Entwicklungsländer. In der Einfuhr stehen Brennstoffe und Mineralrohstoffe vor Metallen, Maschinen und Ausrüstungen sowie Lebensmitteln an erster Stelle.

### Verkehr

Alle öffentlichen Verkehrsmittel gehören staatlichen oder kommunalen Unternehmen. Die Eisenbahnen nehmen nach der Transportleistung unter den Verkehrsträgern die erste Stelle ein. Die Gesellschaft "Československé státní dráhy" untersteht dem Verkehrsministerium. Das Eisenbahnnetz des Landes steht mit 10 km je 100 qkm hinsichtlich der Streckendichte an fünfter Stelle in Europa. Die wichtigsten Strecken verlaufen in Nord-Süd-Richtung, weil das Netz ursprünglich im Zusammenhang des österreich-ungarischen Gesamtstaates auf Wien und Budapest ausgerichtet war. Eine durchgehend elektrifizierte Ost-West-Verbindung besteht erst seit wenigen Jahren; sie schließt bei Olmütze (Schwarzau a. d. Thaya) an das sowjetische Eisenbahnnetz an. 1966 ist eine 88 km lange Breitspurstrecke von der sowjetischen Grenze bei Uzhorod zum Hüttenkombinat Kaschau in Betrieb genommen worden. Sie ermöglicht direkte sowjetische Eisenerzlieferungen an die Ostslowakischen Eisenwerke. Mehr als 1/6 der Eisenbahnstrecken ist elektrifiziert, darunter auch die Strecke Prag - Warschau und wichtige Verbindungen in das nordböhmische Braunkohlenrevier und zum Elbehafen Lobitz bei Tetschen (Děčín).

Das Land verfügt über ein dichtes Netz von Omnibus-Linien; nur wenige Gemeinden sind ohne Busanschluss. Neben Sonderfahrten von und nach dem Ausland sind in den letzten Jahren aufgrund der Entwicklung des Fremdenverkehrs auch internationale Omnibuslinien eingerichtet worden, die u. a. zusätzliche Verbindungen nach Österreich, Ungarn und der Bundesrepublik Deutschland schaffen. Der Straßen- bzw. Eisenbahngüterverkehr wird

durch die Erdölleitung "Družba" ("Freundschaft") ergänzt, die sowjetisches Erdöl in die Tschechoslowakei befördert. Sie wurde 1963 fertiggestellt und führt von der sowjetischen Grenze über eine Länge von 407 km nach Preßburg. Eine rd. 450 km lange Abzweigung dieser Leitung führt von Sahy nach Nordböhmen. Die Gesamtlänge des Gasverteilungsnetzes für Erdgas und Kokereisgas wurde für 1965 mit über 12 000 km angegeben. Seit der Fertigstellung einer rd. 540 km langen Fernleitung von Dschawa nach Preßburg im Jahre 1967 bezieht die Tschechoslowakei auch Erdgas aus der Sowjetunion.

Die Länge der schiffbaren Binnenwasserstraßen beträgt 473 km. Die Elbe und Moldau verbinden das Land über Hamburg mit der Nordsee. In Hamburg besitzt die Tschechoslowakei Freihafenrechte. Über die Oder besteht eine Verbindung mit dem Ostseehafen Stettin. Dort besteht ebenfalls eine tschechoslowakische Freihafenzone. Die Donau ermöglicht Schiffsverbindungen nach Süddeutschland, Österreich und den übrigen Anliegerstaaten bis zu den sowjetischen Schwarzmeerbahnen. Während die inländische Binnenschifffahrt wenig entwickelt ist (der Bau des geplanten Oder-Donau-Kanals mußte zurückgestellt werden), hat der Wasserweg für den Außenhandel größere Bedeutung. Der Inlandsgüterverkehr auf den Wasserwegen beschränkt sich auf den Transport von Baustoffen und Kohle. Als Binnenhäfen wichtig sind außer Prag, Aussig und Tetschen an der Elbe auch Preßburg und Komorn an der Donau. Obwohl als Binnenstaat ohne direkten Zugang zum Meer, besitzt die Tschechoslowakei eine Hochseeflotte, deren Schiffe mit Stettin als Heimathafen unter eigener Flagge verkehren.

Das Land verfügt über ein dichtes inländisches Flugliniennetz. Die staatlichen "Československé Aerolinie" (ČSA) sind im In- und Auslandsdienst tätig; die Gesellschaft unterhält regelmäßige Verbindungen nach Ost- und Westeuropa sowie nach Asien, Amerika und Westafrika. Von etwa zehn größeren Verkehrsflughäfen sind die wichtigsten Prag (Ruzyně), Brunn, Preßburg, Ostrau, Píšťany (Piešťany) und Olmütze. Mit Lufttaxi sind mehr als 50 Städte direkt erreichbar. Im Juni 1968 ist in Prag ein neuer internationaler Flughafen eröffnet worden.

Hörfunk und Fernsehen werden von den staatlichen Gesellschaften "Československý Rozhlas" bzw. "Československá Televize" betrieben. Inlandsprogramme des Hörfunks werden auf Tschechisch und Slowakisch sowie in den Sprachen der Minderheiten (Ukrainisch, Ungarisch, Polnisch und Deutsch) gesendet. Auslandsendungen von "Československý Rozhlas" bzw. "Radio Prag" erfolgen in zahlreichen weiteren Sprachen. 1965 waren 80 Rundfunksender in Betrieb. Die Gebühren betragen für den Hörfunk jährlich 60,- Kčs. Fernsehsender arbeiten bisher in fünf Großstädten. Ende 1968 entfielen auf 1 000 Einwohner 125 Fernsprechanschlüsse. Weitere 136 000 Anträge auf Neueinrichtung von Anschlüssen waren noch unerledigt.

### Fremdenverkehr

Das Land verfügt über günstige Voraussetzungen für die Entwicklung des Fremdenverkehrs. Es bietet ausländischen Besuchern neben bekannten Heilbädern (u. a. Karlsbad, Franzensbad und Marienbad) zahlreiche sehenswerte Ziele. Zu ihnen gehören Städte mittelalterlichen Charakters und die Gebirgslandschaften (Böhmerwald, Erzgebirge, Riesengebirge, Hohe und Niedere Tatra usw.). Die Hotels entsprechen dem internationalen Standard, reichen jedoch für den Bedarf noch nicht aus; die Zahl der Campingplätze wird wegen des wachsenden Autotourismus erhöht. Für die Erweiterung und den Ausbau der Fremdenverkehrszentren einschließlich der Bade- und Kurorte werden bedeutende Mittel bereitgestellt. Der Fremdenverkehr ist eine bedeutende Deviseneinnahmequelle geworden. Bisher wirkt sich die strenge Devisenbewirtschaftung jedoch nachteilig auf den freien Besucherverkehr (außerhalb von Gruppenreisen) sowie auf die Reismöglichkeiten in den touristisch weniger erschlossenen Landesteilen aus.

In den letzten Jahren konnte sich auch der Reiseverkehr zwischen der Tschechoslowakei und westlichen Ländern bedeutend erweitern. Dieser Aufschwung, erkennbar an der größeren Besucherzahl und der Verbesserung des Dienstleistungsniveaus, ist durch die Besetzung des Landes im Sommer 1968 gestört, aber nicht nachhaltig unterbrochen worden. In den ersten neun Monaten des Jahres 1968 wurden rund 3,5 Mill. Ausländer gezählt, davon 2,9 Mill. aus den sozialistisch-kommunistischen Ländern, vor allem aus Ungarn, der SBZ und Polen. Von

den Touristen aus westlichen Ländern kamen die meisten aus Österreich und der Bundesrepublik Deutschland. Zu fast vier Fünfteln reisen die Gäste nach Prag (Praha), wo gegenwärtig ein Interhotel entsteht. 19 moderne Hotels und Unterkunftsstätten werden z. Z. in Böhmen, 22 in der Slowakei gebaut, darunter ein Luxushotel in Preßburg (Bratislava). Die Zahl der tschechoslowakischen Auslandsreisenden ist in den letzten Jahren ständig gestiegen, doch werden Devisen nur in geringem Umfang (zu einem Kurs von 36 Kčs = 1 US-\$) bereitgestellt, so daß 1969 von etwa 700 000 Ausreisearbeitern für Jugoslawien und westliche Länder weniger als 25 % genehmigt werden können.

#### Geld und Kredit

Die tschechoslowakische Krone wurde im Zuge der Währungsreform vom 1. Juni 1953 im Verhältnis 5 : 1 umgestellt, auf Gold basiert und dem Rubel angeschlossen. Nach dem Devisengesetz dürfen Banknoten und Münzen der Landeswährung weder aus- noch eingeführt werden. Der Devisenhandel ist Staatsmonopol. Der Außenhandel wird innerhalb des Ostblocks durch zweiseitige Verrechnung, im Verkehr mit der übrigen Welt über frei konvertierbare Währungen abgewickelt. Es ist jedoch vorgesehen, einen der realen Kaufkraft der Krone entsprechenden Wechselkurs zu erreichen und damit die Voraussetzung für die spätere volle Konvertibilität herzustellen. Neben dem amtlichen Kurs, der für den Warenverkehr gilt, besteht ein Sonderkurs (mit einem Aufschlag von 100 %) für bestimmte nichtkommerzielle Transaktionen. Ferner erhalten Touristen einen Aufschlag von 125 % beim Umtausch von konvertierbaren Devisen in Kronen.

Die Staatsbank (Státní banka československá) entstand 1950 durch Fusion der Gewerbebank, der "Tatra Banka" und der Postsparkasse, nachdem bereits im Oktober 1945 alle Banken des Landes verstaatlicht worden waren. Der Staatsbank obliegt die Notenemission; sie nimmt alle üblichen Zentralbankfunktionen wahr und gewährt Wirtschaftsbetrieben Kredite. Neben der Staatsbank gibt es eine Investitionsbank und staatliche Sparkassen. Die seit 1964 tätige Tschechoslowakische Handelsbank führt hauptsächlich Zahlungs- und Kreditoperationen für Außenhandelsunternehmen durch.

Infolge der Preisreform ist seit Ende 1967 ein Rückgang der Kreditaufnahme eingetreten, da sich viele Unternehmen aus erhöhten Einnahmen selbst finanzieren können. Die Einnahmen der Bevölkerung sind infolge von Lohnerhöhungen ebenfalls beträchtlich gestiegen; 1968 haben sich die Spareinlagen innerhalb des ersten Halbjahres um 4,8 Mrd. Kčs auf 50 Mrd. Kčs erhöht. Gegenwärtig wird aufgrund der Föderalisierung des Staates und im Zusammenhang mit der Wirtschaftsreform eine Umbildung des Bankensystems vorbereitet; die Funktionen der Notenbank (einschließlich der Devisenbewirtschaftung) und der Handelsbanken sollen getrennt werden. Das Währungsbanksystem umfaßt künftig die Bundes-Notenbank mit einem paritätisch aus Vertretern beider Bundesländer besetzten Zentralbankrat sowie die tschechische und die slowakische Nationalbank, die rechtlich selbständig sind.

#### Öffentliche Finanzen

Die Finanzwirtschaft des Staates und der staatlichen Organisationen umfaßt den Staatshaushalt, den Haushaltsplan der Nationalausschüsse und die Finanzpläne der Unternehmen. Außerordentliche Budgets sind nicht vorgesehen. Die wichtigsten Einnahmequellen des Staates sind die Umsatz- und die Gewinnsteuer der Wirtschaftsunternehmen. Die größten Ausgabenposten bilden die Aufwendungen für die Entwicklung der Wirtschaft sowie die für das Bildungs- und Gesundheitswesen sowie soziale Aufgaben.

Vom Juni 1969 an wird der Staatshaushalt in Zusammenhang mit der Föderalisierung in drei Haushalte (den bundesstaatlichen, den tschechischen und den slowakischen) aufgeteilt. Der Kredit- und Finanzplan soll mit Rücksicht auf das gegenwärtige wirtschaftliche und monetäre Ungleichgewicht antiinflationär wirksam werden. Die Haushaltspläne der vergangenen Jahre waren rechnerisch ausgeglichen, infolge gestiegener Ausgaben bei gleichzeitig sinkenden Einnahmen konnten aber wachsende Defizite nicht vermieden werden. Für 1968 erreichte der Fehlbetrag etwa 770 Mill. Kčs; die Subventionen und Dotationen für die einzelnen Wirtschaftsbereiche beliefen sich trotz der durch die Wirtschaftsreform eingeleiteten Entlastung auf 31 Mrd. Kčs (21,3 % der Ausgaben), davon allein die Preissubventionen auf rd. 8 Mrd. Kčs. Ob der Voranschlag für das Jahr 1969, der ein ausgeglichenes Budget in Höhe von 156,3 Mrd. Kčs vorsieht, in dieser

Form durchgeführt werden kann, ist angesichts der kritischen Wirtschaftslage und der noch nicht abgeschlossenen Umstellungen in der Verwaltung und Planung z. Z. ungewiß. Die Gesamtsumme enthält die vom Zentralhaushalt finanzierten Budgets der Nationalausschüsse (16,9 Mrd. Kčs). Die Ausgaben liegen um 25,4 Mrd. Kčs (19,4 %) höher als im Vorjahr; von diesen sind 10 Mrd. für außerordentliche Aufwendungen, 5,5 Mrd. für Sozialleistungen und 2,4 Mrd. für Lohnerhöhungen und Ausgleichszahlungen im Zusammenhang mit der Arbeitszeitverkürzung bestimmt.

#### Preise und Löhne

Die Preisreform vom 1. Januar 1966 bedeutete den Einbau marktwirtschaftlicher Elemente in das Plansystem. Die administrativ festgesetzten, durch Subventionen verzerrten Preise sind teilweise durch kostendeckende Preise ersetzt worden, um eine rationellere Produktionslenkung zu erreichen. Für industrielle Grundstoffe, Energie, lebensnotwendige Konsumgüter und Mieten gelten wie bisher staatlich festgesetzte Preise, während für etwa 30 % der Waren limitierte Preise eingeführt wurden, die den Betrieben eine begrenzte Entscheidungsfreiheit lassen. Waren des gehobenen Verbrauchs und Luxusgüter sollen frei gehandelt werden, schrittweise auch verstärkt andere Güter und Dienstleistungen. Zunächst betraf die Reform nur die Großhandelspreise, die künftig die realen Produktionskosten widerspiegeln sollen. In der Folgezeit hat sich jedoch die starke Erhöhung des Niveaus der Großhandelspreise (im Durchschnitt um über 25 %) auch zunehmend auf die Einzelhandelspreise ausgewirkt. Erhöhte Gewinne der Unternehmen führten zu verstärkten Investitionen und zu Lohnerhöhungen; die erhöhte Kaufkraft gab der Nachfrage Auftrieb, die bei nicht ausreichendem Warenangebot über steigende Preise gesteuert werden muß.

Im Jahre 1968 wurde die Preisreform fortgesetzt; ihr Ziel ist die schrittweise Anpassung an das Weltmarktniveau. Die Lebenshaltungskosten hatten sich 1968 nur um knapp 2 % erhöht. Infolge der auf die militärische Intervention der Warschauer Pakt-Staaten zurückzuführenden Ausfälle und eines unerwartet erhöhten Verbrauchs sind seither beträchtliche Preiserhöhungen eingetreten. Von der Teuerungswelle besonders betroffen sind Gebrauchsgüter; so wurden die Preise für Möbel um 120 %, für Bekleidung um 60 % erhöht. Außer Grundnahrungsmitteln sind aber fast alle Waren und Dienstleistungen teurer geworden; die Wohnungsmieten stiegen um 50 %. Die Gewerkschaften haben den Preiserhöhungen unter der Bedingung zugestimmt, daß die Realeinkommen um nicht mehr als 2,5 % absinken.

Im Rahmen der Preisreform sind 1968 auch die Nominallöhne im staatlichen und genossenschaftlichen Bereich (außer den LPG) um etwa 8 % gestiegen; für das Jahr 1969 wird mit einem weiteren Anstieg um 5 % gerechnet. Die Reallohnsteigerungen sind im Vorjahr mit über 5 % stärker gestiegen als im Plan (2,5 bis 3 %) vorgesehen war. Erhöht wurden auch die Renten, Kindergeld- und Schwangerschaftsbeihilfen. Statt der bisherigen Nivellierung der Einkommen soll künftig das materielle Interesse der Beschäftigten gestärkt werden; Maßstab für die Entlohnung soll nicht die quantitative Planerfüllung sein, sondern die Effektivität der Arbeit. Die Grundlöhne werden zwischen den Gewerkschaften und den Planungsbehörden bzw. den Betriebsleitungen selbst festgelegt; darüber hinaus sollen die Arbeitnehmer verstärkt am Betriebsergebnis teilhaben. Löhne, Gehälter und Prämien (für die Wertung besonderer Leistungen) werden aus dem Lohnfonds gezahlt. Zur Vermeidung finanzieller Engpässe, die sich bei schlechter Wirtschaftsführung in einzelnen Betrieben ergeben können, wurde ein System gesellschaftlicher Lohngarantien geschaffen. Die Betriebe müssen Reservefonds bilden, um bei finanziellen Schwierigkeiten die Löhne auszahlen zu können; im äußersten Falle gewährt die Staatsbank Kredite zur Auszahlung der Mindestlöhne. Die normale Arbeitszeit von 48 Stunden je Woche wird in der Regel auf sechs Arbeitstage verteilt, so daß sie 8 Stunden täglich nicht übersteigt. 1968 wurde beschlossen, die wöchentliche Arbeitszeit innerhalb der nächsten drei Jahre auf 40 Stunden zu verringern.

#### Sozialprodukt

Die volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der ČSSR basieren, wie auch die der anderen sozialistischen Länder, auf dem Konzept der materiellen Produktion. Zur näheren Erläuterung der dort verwendeten Begriffe und Definitionen siehe Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1968, Seite 562 ff.

K l i m a d a t e n  
(Langjähriger Durchschnitt)

Station Lage Seehöhe	Karlsbad (Karlovy Vary)	Prag (Praha)	Brünn (Brno)	Preßburg (Bratislava)	Altschl (Zvolen)	Kaschau (Košice)	Alt- schmecks (Starý Smokovec)
Monat	50° 14' N 12° 52' O 385 m	50° 05' N 14° 25' O 197 m	49° 12' N 16° 34' O 223 m	48° 12' N 17° 12' O 133 m	48° 35' N 19° 08' O 299 m	48° 42' N 21° 16' O 206 m	49° 08' N 20° 13' O 1 018 m

Lufttemperatur °C, Monatsmittel

Januar	- 2,1	- 0,5	- 2,1	- 1,6	- 4,0	- 3,4	- 5,2
Juli	16,9	19,5	18,4	20,1	18,8	19,1	14,3
Jahr	7,3	9,4	8,4	9,6	8,1	8,4	4,7

Lufttemperatur °C, mittlere tägliche Maxima

Januar	0,2	1,3	0,2	0,6	- 0,6	- 0,7	- 1,0
Juli	23,4	25,1	25,3	26,6	26,0	26,0	19,5
Jahr	12,1	13,5	13,6	14,5	14,1	13,7	9,5

Niederschlag in mm/Anzahl der Tage mit Niederschlag ( $\geq 1,0$  mm)

Januar	50/11	21/ 6	27/ 7	46/ 8	44/ 8	31/ 6	50/ 9
Juli	88/ 11	70/ 9	77/ 9	70/ 9	75/ 8	80/10	126/ 13
Jahr	659/116	487/87	547/91	657/96	714/99	663/99	944/128

Sonnenschein (Stunden), mittlere Monatssummen

Januar	39	55	49	64	62	66	96
Juli	221	265	264	317	242	280	220
Jahr	1 554	1 902	1 806	2 194	1 722	2 032	1 865

Quelle: Deutscher Wetterdienst, Zentralamt Offenbach

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1961 <sup>1)</sup>	1965	1966	1967	1968	
Gebiet und Bevölkerung							
Gesamtfläche	qkm			127 870			
Tschechische Gebiete <sup>2)</sup>	qkm			78 861			
Slowakische Gebiete 3)	qkm			49 009			
Gesamtbevölkerung	JM	1 000	13 746	14 159	14 240	14 305	14 365
Tschechische Gebiete <sup>2)</sup>	JM	1 000	9 572	9 785	9 826	9 853	9 876
Slowakische Gebiete 3)	JM	1 000	4 174	4 374	4 414	4 452	4 483
Jährliche Bevölkerungszunahme	%	0,9	0,7	0,6	0,5	0,4	
Bevölkerungsdichte	Einwohner je qkm	107	111	111	112	112	
Tschechische Gebiete <sup>2)</sup>	JM Einwohner je qkm	121	124	124	125	125	
Slowakische Gebiete 3)	JM Einwohner je qkm	85	89	90	91	91	

<sup>1)</sup> Volkszählungsergebnis vom 1. März. - <sup>2)</sup> Seit 1. Januar 1969 "Tschechische Sozialistische Republik" (ČSR). - <sup>3)</sup> Seit 1. Januar 1969 "Slowakische Sozialistische Republik" (SSR).

Gegenstand der Nachweisung	Ver- waltungs- sitz	1961 <sup>1)</sup>		1963		1966			
		Fläche	Bevölke- rung	Fläche	Bevölkerung		Einwohner je qkm		
		qkm	1 000	qkm	1 000	%			
Fläche, Bevölkerung und Bevölke- rungsdichte nach Verwaltungs- gebieten									
Tschechische Gebiete <sup>2)</sup>									
Prag (Praha) <sup>3)</sup>	JM	Prag	185	1 005	185	1 011	1 028	7,2	5 554,5
Mittelböhmen (Středočeský Kraj)	JM	Prag	11 301	1 269	11 295	1 271	1 274	8,9	112,8
Südböhmen (Jihočeský Kr.)	JM	Budweis	11 347	650	11 343	650	654	4,6	57,6
Westböhmen (Západočeský Kr.)	JM	Pilsen	10 866	829	10 872	842	861	6,1	79,2
Nordböhmen (Severočeský Kr.)	JM	Aussig	7 814	1 086	7 808	1 099	1 116	7,8	142,9
Ostböhmen (Východočeský Kr.)	JM	Königgrätz	11 252	1 200	11 263	1 200	1 206	8,5	107,1
Südmähren (Jihomoravský Kr.)	JM	Brünn	15 029	1 901	15 029	1 915	1 937	13,6	128,9
Nordmähren (Severomoravský Kr.)	JM	Ostrau	11 066	1 631	11 066	1 680	1 750	12,3	158,2
Slowakische Gebiete <sup>4)</sup>									
Westslowakei (Západoslovenský Kr.)	JM	Preßburg	14 860	1 760	14 860	1 798	1 847	13,0	124,3
Mittelslowakei (Stredoslovenský Kr.)	JM	Neusohl	17 970	1 301	17 970	1 335	1 370	9,6	76,3
Ostslowakei (Východoslovenský Kr.)	JM	Kaschau	16 179	1 113	16 179	1 150	1 197	8,4	74,0

Gegenstand der Nachweisung	Einheit		1961	1965	1966	1967	1968 <sup>5)</sup>
Geborene	auf 1 000 d. Bev.		15,8	16,4	15,6	15,1	14,9
Gestorbene	auf 1 000 d. Bev.		9,2	10,0	10,0	10,1	10,5
Gestorbene im 1. Lebensjahr	auf 1 000 Lebendgeborene		22,7	25,5	23,8	22,9	22,2
			1961 <sup>1)</sup>	1963	1964	1965	1966
Bevölkerung nach Alters- gruppen und Gebieten							
unter 15 Jahren	JM	1 000	3 743	3 636	3 613	3 586	3 540
Tschechische Gebiete 2)	JM	1 000	2 429	2 309	2 286	2 263	2 229
Slowakische Gebiete 4)	JM	1 000	1 314	1 327	1 327	1 323	1 311
15 bis unter 65 Jahren	JM	1 000	8 787	9 018	9 103	9 183	9 261
Tschechische Gebiete 2)	JM	1 000	6 224	6 383	6 437	6 482	6 522
Slowakische Gebiete 4)	JM	1 000	2 563	2 635	2 666	2 701	2 739
65 Jahre und älter	JM	1 000	1 215	1 297	1 341	1 390	1 439
Tschechische Gebiete 2)	JM	1 000	919	976	1 007	1 041	1 075
Slowakische Gebiete 4)	JM	1 000	296	321	334	349	364

1) Volkszählungsergebnis vom 1. März. - 2) Vgl. S. 12. - 3) Städtisches Verwaltungsgebiet, den "Kreisen" oder Landgebieten gleichgestellt. - 4) Vgl. Fußnote 3), S. 12. - 5) Durchschnitt der Monate Dezember 1967 bis November 1968.

Gegenstand der Nachweisung			Einheit	1961 <sup>1)</sup>	1963	1964	1965	1966
Bevölkerung nach Altersgruppen								
(im Alter von ... bis unter ... Jahren)								
unter 15	JM	1 000		3 743	3 637	3 613	3 586	3 537
unter 5	JM	1 000		1 147	1 081	1 093	1 111	1 114
5 - 15	JM	1 000		2 596	2 556	2 520	2 475	2 423
15 - 65	JM	1 000		8 787	9 018	9 104	9 182	9 260
15 - 20	JM	1 000		1 061	1 194	1 228	1 264	1 296
20 - 25	JM	1 000		875	960	1 008	1 041	1 079
25 - 35	JM	1 000		1 865	1 798	1 777	1 766	1 765
35 - 45	JM	1 000		1 665	1 895	1 960	1 979	1 968
45 - 55	JM	1 000		1 816	1 584	1 510	1 484	1 486
55 - 65	JM	1 000		1 505	1 587	1 621	1 648	1 666
65 und älter	JM	1 000		1 215	1 297	1 341	1 390	1 443
				1950 <sup>1)</sup>			1961 <sup>1)</sup>	
				insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich weiblich
Bevölkerung nach Stadt und Land								
in Städten		1 000		6 322	3 088	3 234	6 539	3 147 3 392
	% d. Bevölkerung			51,2	51,5	51,0	47,6	46,9 48,2
in Landgemeinden		1 000		6 017	2 909	3 108	7 206	3 557 3 649
	% d. Bevölkerung			48,8	48,5	49,0	52,4	53,1 51,8
				1961 <sup>1)</sup>	1964	1965	1966	1967
Bevölkerung in Städten mit mehr als 50 000 Einwohnern								
Prag (Praha)	JE	1 000		1 005	1 020	1 025	1 030	1 035
Brünn (Brno)	JE	1 000		314	327	329	333	335
Preßburg (Bratislava)	JE	1 000		242	266	272	276	281
Ostrau (Ostrava)	JE	1 000		234	259	265	270	272
Pilsen (Plzeň)	JE	1 000		137	140	142	143	144
Kaschau (Košice)	JE	1 000		79	100	106	113	118
Olmütz (Olomouc)	JE	1 000		70	75	77	78	79
Havířov 2)	JE	1 000		51	69	72	75	78
Karwin (Karwiná)	JE	1 000		47	66	70	73	75
Budweis (České Budějovice)	JE	1 000		64	69	70	72	74
Aussig (Ústí nad Labem)	JE	1 000		64	71	72	73	74
Reichenberg (Liberec)	JE	1 000		65	70	71	71	72
Pardubitz (Pardubice)	JE	1 000		53	63	65	66	68
Königgrätz (Hradec Králové)	JE	1 000		55	60	62	64	65
Gottwaldov (Třinec: Zlín)	JE	1 000		54	62	63	64	64
Kladno	JE	1 000		50	54	55	56	56
Brüx (Most)	JE	1 000		44	56	56	56	55
Teplitz (Teplíce)	JE	1 000		43	51	51	51	52
				1961 <sup>1)</sup>	1965	1966	1967	1968
Bevölkerung nach der Volkszugehörigkeit								
Tschechen	% d. Bevölkerung			66,0	65,2	65,1	64,9	64,7
Slowaken	% d. Bevölkerung			27,9	28,7	28,9	29,1	29,4
Ungarn	% d. Bevölkerung			3,9	3,9	3,9	3,9	3,9
Deutsche	% d. Bevölkerung			1,0	1,0	0,9	0,9	0,7
Polen	% d. Bevölkerung			0,5	0,5	0,5	0,5	0,5
Ukrainer und Russen	% d. Bevölkerung			0,4	0,4	0,4	0,4	0,4
Sonstige	% d. Bevölkerung			0,3	0,3	0,3	0,3	0,4

1) Volkszählungsergebnis vom 1. März. - 2) Stadt südöstlich von Ostrau, nach 1955 unter Einbeziehung von Niederbludowitz (Dolní Bludovice) u. a. Ortschaften neu gegründet.

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1930		1961		1968	
		Tsche- chische	Slowa- kische	Tsche- chische	Slowa- kische	Tsche- chische	Slowa- kische
		Gebiete					
Bevölkerung nach Volkszugehörigkeit und Landesteilen							
Tschechen	%	68,4	3,7	94,3	1,1	93,6	1,0
Slowaken	%	0,4	67,7	2,9	85,3	3,8	85,7
Ungarn	%	0,1	17,6	0,2	12,4	0,2	12,1
Deutsche	%	29,5	4,7	1,4	0,1	1,0	0,2
Polen	%	0,9	0,2	0,7	0,0	0,7	0,0
Ukrainer und Russen	%	0,2	2,9	0,2	0,9	0,2	0,8
		1930	1947	1962	1966	1967	
Bevölkerung nach der Religionszugehörigkeit							
Katholiken (röm.-kath.)	1 000	10 832	9 300	.	9 000	.	
Katholiken (griech.-kath.) <sup>1)</sup>	1 000	585	.	.	350	.	
Anhänger der Tschechoslowakischen Nationalkirche 2)	1 000	793	950	.	750	.	
Protestanten	1 000	1 129	.	1 200 <sup>a)</sup>	952	.	
Orthodoxe 1)	1 000	146	50	.	.	.	
Juden	1 000	357	50	.	15	.	
Konfessionslose	1 000	855	820	.	.	.	
		1961	1964	1965	1966	1967	
Gesundheitswesen <sup>3)</sup>							
Krankenhäuser	JE	Anzahl	247	254	257	258	258
Betten in Krankenhäusern	JE	Anzahl	104 811	110 542 <sup>b)</sup>	111 673 <sup>b)</sup>	112 173 <sup>b)</sup>	113 364 <sup>b,c)</sup>
Heilstätten 4)	JE	Anzahl	145	136 <sup>b)</sup>	132 <sup>b)</sup>	128 <sup>b)</sup>	130 <sup>b,c)</sup>
Betten in Heilstätten	JE	Anzahl	35 216	32 997 <sup>b)</sup>	32 794 <sup>b)</sup>	32 104 <sup>b)</sup>	31 976 <sup>b,c)</sup>
Polikliniken	JE	Anzahl	458	466	464	464	460
Staatliche Bäderkurheime	JE	Anzahl	120	118	117	112	111
Betten in staatlichen Bäderkurheimen	JE	Anzahl	25 077	25 356	25 695	25 802	26 315
Ärzte	JE	Anzahl	22 763	25 349	26 252	27 096	28 141
Einwohner je Arzt	JE	Anzahl	607	559	540	526	509
Zahnärzte	JE	Anzahl	2 086	2 632	2 898	3 190	3 430
Einwohner je Zahnarzt	JE	Anzahl	6 625	5 391	4 899	4 473	4 179
Apotheker	JE	Anzahl	4 927	5 228	5 291	.	.
Krankenschwestern, vollausgebildet	JE	Anzahl	48 260	53 667	55 496	.	.
dar. Kinderschwestern	JE	Anzahl	15 678	18 176	.	.	.
Hebammen mit Diplom	JE	Anzahl	4 748	4 634	4 648	.	.
Ausgewählte Krankheiten und Sterbefälle							
Meldepflichtige Neuerkrankungen							
Tuberkulose der Atmungsorgane	Anzahl	16 684	14 192	13 594	13 200	13 338	
Sonstige Formen der Tuberkulose	Anzahl	2 698	2 493	2 365	2 186	2 145	
Syphilis	Anzahl	1 226	884	887	922	881	
Gonorrhoe	Anzahl	3 423	6 758	8 839	10 544	12 696	
Typhus abdominalis	Anzahl	793	1 103	415	330	386	
Bazillenruhr	Anzahl	9 380	19 176	10 987	13 413	19 146	
Scharlach	Anzahl	33 900	26 328	21 614	21 621	20 853	
Keuchhusten	Anzahl	4 651	671	1 409	2 645	793	
Übertragbare Gehirn-entzündung	Anzahl	621	274	437	302	308	
Übertragbare Hepatitis	Anzahl	37 445	41 250	27 942	18 625	14 071	

1) Die griechisch-unierten Ruthenen des Bistums Preschau wurden 1950 zwangsweise der autokephalen orthodoxen Kirche angegliedert, deren Mitgliederzahl dadurch auf ca. 500 000 stieg. - 2) 1920 gegründete romfreie Kirche, in der hussitische Traditionen fortbestehen. - 3) Bei den Angaben über medizinisches Personal handelt es sich um in staatlichen Einrichtungen tätige Personen. Es gibt darüber hinaus eine geringe Zahl nicht in staatlichen Einrichtungen tätiger, die in der Tabelle unberücksichtigt bleiben. - 4) Heilstätten und Fachkliniken für Tuberkulose, Geisteskrankheiten, innere Krankheiten u. ä.

a) Darunter 530 000 Reformierte (einschl. 360 000 Mitglieder der tschechischen "Brüderkirche") und 485 000 Lutheraner, ferner Böhmisches Brüder, Methodisten, Baptisten u. a. - b) Ohne Heilstätten für innere Krankheiten. - c) Ohne Silikoseheilstätten (für Steinstaublungenenerkrankungen).

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1960	1962	1963	1964	1965
Sterbefälle nach Todesursachen						
Tuberkulose der Atmungsorgane	Anzahl	3 206	3 033	2 303	2 059	1 828
Bösartige Neubildungen 1)	Anzahl	24 733	26 257	27 310	28 420	28 899
Gehirnblutung und sonstige Gefäßstörungen des Zentralnervensystems	Anzahl	12 985	11 858	14 466	14 205	16 159
Arteriosklerotische und degenerative Herz-erkrankungen	Anzahl	20 965	18 780	21 945	23 260	25 201
Lungenentzündung 2)	Anzahl	4 484	3 217	3 766	4 267	4 099
Bronchitis	Anzahl	3 057	5 519	4 760	4 737	5 852
Leberzirrhose	Anzahl	1 234	1 265	1 300	1 370	1 495
Kraftfahrzeugunfälle	Anzahl	1 823	1 794	2 049	2 217	2 177
Sonstige Unfälle, einschl. Vergiftungen	Anzahl	.	4 991	5 123	5 017	5 064
Selbstmord und Selbstbeschädigung	Anzahl	.	2 859	2 971	2 905	3 047
		1960	1965	1966	1967	1968
Bildungswesen						
Schulen und andere Lehranstalten 3)						
Volksschulen 4)	Anzahl	12 581	11 585	11 330	11 110	10 966
Allgemeinbildende höhere Schulen	Anzahl	451	380	374	364	353
Berufsbildende Schulen insgesamt	Anzahl	719	656	645	619	613
dar. Lehrerbildende Anstalten	Anzahl	64	23	24	22	22
Hochschulen	Anzahl	50	41	38	35	35
Lehrkräfte						
Volksschulen 4)	Anzahl	86 243 <sup>a)</sup>	93 651	95 950	97 792	97 505
Allgemeinbildende höhere Schulen	Anzahl	.	7 407	7 393	7 484	7 503
Berufsbildende Schulen insgesamt	Anzahl	9 787	18 107	18 485	20 155	19 904
dar. Lehrerbildende Anstalten	Anzahl	466	537	561	479	.
Hochschulen	Anzahl	9 099	14 888	15 388	15 507	15 619
Schüler bzw. Studierende						
Volksschulen 4)	1 000	2 053	2 241	2 221	2 164	2 109
Allgemeinbildende höhere Schulen	1 000	87	116	113	111	108
dar. Berufstätige Schüler	1 000	5	14	13	11	10
Berufsbildende Schulen insgesamt	1 000	211	306	298	284	276
dar. Lehrerbildende Anstalten	1 000	9	10	10	10	9
Berufstätige Schüler in berufsbildenden Schulen insgesamt	1 000	71	118	113	111	108
Hochschulen 5)	1 000	79	145	145	142	137
		1960	1962	1963	1964	1965
Schüler nach Altersgruppen						
6 bis 15 Jahre	% d. Altersgruppe	95	.	94	92	.
15 bis 19 Jahre	% d. Altersgruppe	29	.	35	37	.

1) Einschl. Neubildungen der lymphatischen und blutbildenden Organe. - 2) Personen im Alter von 4 Wochen und darüber. - 3) Stand zu Beginn des Schuljahres (September des jeweils vorhergehenden Jahres). - 4) Neunjahres-Grundschulen. - 5) Studierende nach Hauptfächern (in Klammern Studentinnen) 1968 insgesamt 137 497 (51 900), Geisteswissenschaften 33 408 (22 070), Rechts-, Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaften 15 816 (5 638), Naturwissenschaften 8 453 (4 154), Ingenieurwissenschaften 52 059 (8 184), Medizin 13 319 (8 150), Landwirtschaft 14 442 (3 704).

a) Einschl. Lehrkräfte an allgemeinbildenden höheren Schulen.



Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1960	1962	1963	1964	1965
Öffentliche Ausgaben für das Bildungswesen						
Gesamtausgaben	Mill. KMs	6 770,0	7 581,7	8 405,5	8 680,7	9 236,4
Laufende Ausgaben	Mill. KMs	5 090,2	7 163,1	7 506,6	7 850,9	8 359,0
Investitionen	Mill. KMs	1 679,8	418,6	898,9	829,8	877,4
Anteil am Brutto-Inlandsprodukt	%	4,2	4,3	4,9	5,0	5,3
Verteilung der laufenden Ausgaben nach Bildungseinrichtungen						
Vor- und Grundschulen	%	45,7 <sup>a)</sup>	65,9 <sup>a)b)</sup>	.	78,4 <sup>a)b)</sup>	46,4
Allgemeinbildende höhere Schulen	%	.	.	.	.	2,4
Berufsbildende Schulen	%	12,7	.	.	.	6,3
Hochschulen	%	11,8	13,1	.	15,0	15,2
Andere Bildungseinrichtungen	%	4,5	-	.	6,3	29,4
Verwaltungsausgaben	%	1,0	0,3	.	0,3	0,3
Sonstige laufende Ausgaben	%	24,3	20,7	.	-	-

	1960	1964	1965	1966	1967	
	1 000					%
Erwerbstätigkeit						
Erwerbspersonen nach Wirtschaftsbereichen 1)	D	6 063	6 374	6 477	6 608	6 686 100
Land- und Forstwirtschaft, Jagd und Fischerei	D	1 570	1 392	1 366	1 360	1 333 19,9
Produzierendes Gewerbe	D	2 764	2 946	3 001	3 090	3 127 46,8
Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden	D	2 263	2 437	2 480	2 549	2 570 38,4
Verarbeitende Industrie	D					
Bauwirtschaft	D	501	509	521	541	557 8,3
Handel 2)	D	480	544	547	550	555 8,3
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	D	367	409	418	427	436 6,5
Dienstleistungen	D	882	1 083	1 145	1 181	1 235 18,5
Erwerbspersonen nach Wirtschaftsektoren 1)	JE	6 098	6 392	6 515	6 638	6 705 100
im sozialistischen Sektor	JE	4 856	5 344	5 507	5 628	5 696 85,0
in Genossenschaften dar. landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften	JE	980	840	831	838	840 12,5
in der privaten Wirtschaft	JE	855	711	697	695	689 10,3
dar. in landwirtschaftlichen Betrieben	JE	262	208	177	172	169 2,5
	JE	256	205	174	166	160 2,4

	Einheit	1960	1964	1965	1966	1967
Anteil der Erwerbspersonen an der Gesamtbevölkerung	JE %	44,4	45,3	45,9	46,5	46,8
männliche Bevölkerung	JE %	52,1	51,5	51,9	52,3	52,2
weibliche Bevölkerung	JE %	37,1	39,4	40,1	41,0	41,6

1) Ohne Lehrlinge. - 2) Einschl. materialtechnischer Versorgung und Gemeinschaftsverpflegung.

a) Einschl. allgemeinbildender höherer Schulen. - b) Einschl. berufsbildender Schulen.

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1960	1964	1965	1966	1967
Land- und Forstwirtschaft, Jagd, Fischerei						
Flächennutzung						
Landwirtschaftliche						
Nutzfläche JA 1 000 ha		7 362	7 213	7 188	7 160	7 144
Ackerland JA 1 000 ha		5 143	5 107	5 089	5 072	5 054
Dauerwiesen JA 1 000 ha		1 091	1 021	1 002	992	984
Weiden JA 1 000 ha		833	779	785	781	788
Rebland JA 1 000 ha		24	26	27	28	29
Hopfungärten JA 1 000 ha		8	10	10	10	10
Anders genutzte Fläche JA 1 000 ha		263	270	275	277	279
Waldfläche JA 1 000 ha		4 359	4 437	4 439	4 445	4 450
Staatsbesitz JA 1 000 ha		3 782	3 962	4 017	4 056	4 080 <sup>a)</sup>
Sonstige Fläche JA 1 000 ha		1 066	1 137	1 160	1 182	1 193

	1956 <sup>1)</sup>		1966		1967		1968	
	Betriebe	Landwirt- schaftl. Nutz- fläche	Betriebe	Landwirt- schaftl. Nutz- fläche	Betriebe	Landwirt- schaftl. Nutz- fläche	Betriebe	Landwirt- schaftl. Nutz- fläche
	Anzahl	1 000 ha	Anzahl	1 000 ha	Anzahl	1 000 ha	Anzahl	1 000 ha
Landwirtschaft								
Landwirtschaftliche Betriebe nach Eigentums- formen 2)								
Staatsbetriebe	13 859	1 234	32 142	2 117	33 124	2 112	34 673	2 112
Genossenschaftsbetriebe	8 104	2 115	6 538	3 974	6 452	3 977	6 381	3 979
Hofland von Genossen- schaftsbauern	259 296	133	649 868	303	647 013	297	649 268	290
Komposseorate und Urbariate 3)	2 777	271	2 076	69	2 027	68	1 957	68
Betriebe von Einzel- bauern	1 309 465	3 734	781 708	637	788 079	630	794 586	627
Private Betriebe nach Größenklassen								
unter 2 ha	825 073	558	705 468	263	604 319	156	599 074	157
2 bis unter 5 ha	255 491	875	48 399	159				
5 bis unter 10 ha	162 198	1 152	23 425	160	183 760	474	196 512	470
10 bis unter 15 ha	49 368	604	3 659	43				
15 und mehr ha	14 558	274	600	11				
unbekannter Größe	.	.	157	1				

	Einheit	1960	1964	1965	1966	1967
Anteil der Eigentums- formen an der land- wirtschaftlichen Bruttoproduktion						
Staatliche Betriebe	%	16,3	25,6	25,5	24,5	.
Genossenschaftliche Betriebe	%	53,6	53,6	54,1	53,5	.
Hofland der Genos- senschaftsbauern	%	20,2	15,6	9,3	10,0	.
Private Einzelbauern	%	9,9	5,2	11,1	12,0	.
Düngemittelverbrauch <sup>4)</sup>						
Stickstoffhaltige, berechnet auf N	1 000 t	134	177	228	246	278
Phosphathaltige, berechnet auf P <sub>2</sub> O <sub>5</sub>	1 000 t	147	222	253	255	256
Kalihaltige, berechnet auf K <sub>2</sub> O	1 000 t	215	275	339	395	394

1) 15. Dezember. - 2) Stand: JA. - 3) Gemeinschaftliche Form des Bodenbesitzes, die sich stellenweise in der Slowakei erhalten hat. Der Boden ist unteilbares gemeinsames Eigentum der Mitglieder von Weide- und Waldgemeinschaften. - 4) Berichtszeitraum: 1. Juli des vorhergehenden bis 30. Juni des angegebenen Jahres.

a) JA 1968: 4,094 Mill. ha.

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1960	1964	1965	1966	1967
<b>Maschinenbestand<sup>1)</sup></b>						
Schlepper	JE 1 000	94,3	164,5	179,5	185,9	195,2
Mähdrescher	JE Anzahl	6 326	11 139	11 840	12 778	13 930
Schlepperpflüge <sup>2)</sup>	JE Anzahl	59 071	57 074	55 896	50 127	53 843
Melkmaschinen	Anzahl	11 641	17 079	19 233	19 534	.
Getreidernte insgesamt <sup>3)</sup>	1 000 t	5 799	5 328	5 324	5 920	.
Getreidemenge je Einwohner	kg	426	380	377	417	.
<b>Ausgewählte landwirtschaftliche Erzeugnisse</b>						
Weizen <sup>4)</sup>	1 000 t	1 503	1 829	1 992	2 247	2 500
	dz/ha	23,3	22,2	24,2	25,3	27,1
Roggen <sup>5)</sup>	1 000 t	895	870	822	770	690
	dz/ha	20,8	21,4	20,0	19,5	21,5
Gerste	1 000 t	1 745	1 429	1 399	1 608	1 937
	dz/ha	24,8	21,0	21,4	23,4	27,2
Hafer <sup>6)</sup>	1 000 t	1 020	669	630	746	760
	dz/ha	20,4	17,2	17,2	19,2	19,9
Menggetreide	1 000 t	59	63	84	70	.
Mais	1 000 t	572	465	393	476	423
	dz/ha	30,4	26,5	27,9	32,7	.
Futterhackfrüchte	1 000 t	3 585	2 722	2 135	3 554	4 001
Futtergrünpflanzen	1 000 t	5 806	5 696	6 724	7 474	6 497
Heu von Dauerwiesen	1 000 t	3 031	2 377	3 058	2 936	3 001
Zuckerrüben	1 000 t	8 368	7 474	5 662	7 762	7 663 <sup>a)</sup>
	dz/ha	347	293	261	341	376 <sup>b)</sup>
Kartoffeln	1 000 t	5 093	7 656	3 678	5 846	6 037 <sup>b)</sup>
	dz/ha	90	156	85	134	148
Zwiebeln	1 000 t	67	145	118	144	142
Tomaten	1 000 t	78	139	87	112	139
Kohl	1 000 t	365	285	251	326	283
Erbsen, grün	1 000 t	12	12	11	11	.
Erbsen, trocken	1 000 t	34	59	64	52	.
Äpfel	1 000 t	392	159	92	249	182
Birnen	1 000 t	103	51	31	72	48
Kirschen	1 000 t	78	61	25	63	42
Aprikosen	1 000 t	19	15	11	22	27
Weintrauben	1 000 t	56	100	39	59	93
Flachs-Rohstengel	1 000 t	134	161	128	110	118
Rapssamen	1 000 t	55	46	74	78	85
Hopfen	1 000 t	7	7	7	9	.
		1960	1965	1966	1967	1968
<b>Viehbestand<sup>7)</sup></b>						
Pferde	1 000	389	204	188	177	166
Rinder	1 000	4 303	4 436	4 389	4 462	4 437
Milchkühe	1 000	2 072	1 959	1 948	1 952	1 929
Schweine	1 000	5 687	6 139	5 544	5 305	5 601
Schafe	1 000	727	568	614	670	770
Ziegen	1 000	662	559	521	.	.
Geflügel	1 000 St	27 569	28 840	27 752	29 466	31 208 <sup>c)</sup>
Hühner	1 000	26 062	27 416	26 408	28 026	21 411
Enten	1 000	520	344	324	.	.
Gänse	1 000	874	953	899	.	.
Truthühner und Perlhühner	1 000	113	127	122	.	.
Bienenstammvölker	1 000	896	782	830	883	927
<b>Ausgewählte tierische Erzeugnisse<sup>8)</sup></b>						
Rindfleisch	1 000 t	323	411	432	455	492
Kalbfleisch	1 000 t	30	30	30	27	36
Schweinefleisch	1 000 t	550	619	694	642	647
Kuhmilch	1 000 hl	37,1	38,1	40,4	42,0	.
Eier	Mill. St	2 135	2 695	3 007	3 080	3 218
Honig	t	6 297	7 316	3 933	4 114	7 543
Wachs	t	150	118	104	101	140

1) Maschinenbestand im sozialistischen Sektor, umgerechnet auf 15 PS-Einheiten. - 2) Einschl. Mehrzweck-Vorbaugeräten. - 3) Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, Menggetreide, Mais und Hirse. - 4) Einschl. Spelz. - 5) Einschl. Roggen- und Weizengemenge. - 6) Einschl. Hafer- und Gerstengemenge. - 7) JA. - 8) Fleischerzeugung in Lebendgewicht.

a) 1968: Erntemenge 8 Mill. t bei über 400 dz Ertrag je ha. - b) 1968: Erntemenge 6,3 Mill. t bei 168 dz Ertrag je ha. - c) Legehennen.

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1960	1964	1965	1966	1967
<b>Forstwirtschaft</b>						
Holzeinschlag <sup>1)</sup>	1 000 cbm	12 565	13 311	14 760	13 188	14 648 <sup>a)</sup>
nach Holzarten						
Nadelholz	1 000 cbm	9 945	10 335	11 850	10 074	11 599
Laubholz	1 000 cbm	2 620	2 976	2 910	3 114	3 049
Holzabfuhrmengen <sup>1)</sup>	1 000 cbm	12 622	12 726	12 881	13 589	13 579
nach Nutzungsarten						
Werkholz	1 000 cbm	10 940	11 037	11 070	11 897	11 916
Nadelholz	1 000 cbm	9 091	9 041	9 119	9 823	9 699
Laubholz	1 000 cbm	1 849	1 996	1 951	2 074	2 217
Brennholz	1 000 cbm	1 682	1 689	1 811	1 692	1 663
Nadelholz	1 000 cbm	861	913	1 031	925	896
Laubholz	1 000 cbm	821	776	780	767	767
<b>Jagd</b>						
Erlegtes Wild nach ausgewählten Arten						
Hirsche	Anzahl	10 465	14 075	16 025	14 865	15 056
Rehe	Anzahl	66 711	67 177	62 403	70 810	79 810
Schwarzwild	Anzahl	5 386	4 628	4 985	5 245	165
Hasen	Anzahl	715 975	895 575	429 844	1 050 775	1 061 642
Fasane	Anzahl	317 008	518 207	293 471	593 093	786 825
<b>Fischerei</b>						
Fangmengen	t	8 824	10 641	11 023	11 522	11 783
dar. in Teichen						
staatlicher Fischereibetriebe	t	7 294	8 998	9 110	9 444	9 717
darunter:						
Karpfen	t	7 535 <sup>b)</sup>	8 970	9 012	9 464	9 784
Schleie	t	103 <sup>b)</sup>	247	387	386	333
Hechte	t	231 <sup>b)</sup>	186	289	312	304
Forellen	t	104 <sup>b)</sup>	141	172	208	189
		1963	1964	1965	1966	1967
<b>Produzierendes Gewerbe</b>						
Industriebetriebe <sup>2)</sup>	JE Anzahl	1 281	1 255	1 236	1 713	713
nach der Zahl der beschäftigten Arbeiter <sup>3)</sup>						
(von ... bis ... Arbeiter)						
- 500	Anzahl	563	533	513	57	55
501 - 1 000	Anzahl	195	199	204	132	122
1 001 - 2 500	Anzahl	317	319	306	308	316
2 501 - 5 000	Anzahl	151	149	155	158	161
5 001 und mehr	Anzahl	55	55	58	58	59
Beschäftigte <sup>3)</sup> in Industriebetrieben	1 000	2 492	2 504	2 553	2 619	2 650
dar. verarbeitende Industrie	1 000	2 339	2 348	2 391	2 453	2 481
dar. Arbeiter	1 000	1 832	1 837	1 878	1 924	1 939
		1960	1963	1964	1965	1966
Beschäftigte	1 000	2 740	2 934	2 953	3 010	3 102
nach Wirtschaftszweigen						
Energie- und Wasserwirtschaft	1 000	37	40	40	41	42
Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden <sup>4)</sup>	1 000	179	192	194	194	194
Verarbeitende Industrie <sup>5)</sup>	1 000	2 068	2 260	2 273	2 322	2 396
Baugewerbe <sup>5)</sup>	1 000	456	442	446	453	470

1) Ohne Rinde gemessen. - 2) Ab 1966 ohne Betriebe der örtlichen und der genossenschaftlichen Industrie. - 3) Ohne Lehrlinge. - 4) Alle Betriebe im Kohlen- und Erzbergbau. - 5) Alle staatlichen und kommunalen Betriebe sowie Produktionsgenossenschaften.

a) 1968: 12,85 Mill. cbm, davon ein Drittel infolge Windbruchschäden. - b) Ohne Fangergebnisse der staatlichen Fischereibetriebe in freien Gewässern.

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1960	1965	1966	1967	1968 <sup>1)</sup>
Index der industriellen Produktion	1963 = 100	87	112	120	129	133 <sup>a)</sup>
Energie- und Wasserwirtschaft	1963 = 100	83	113	120	129	146 <sup>a)</sup>
Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden	1963 = 100	90	104	105	106	104 <sup>a)</sup>
Verarbeitende Industrie <sup>2)</sup>	1963 = 100	87	112	122	130	128 <sup>a)</sup>
Energiewirtschaft						
Erzeugung von elektrischem Strom	Mill. kWh	24 450	34 190	36 474	38 622	41 400 <sup>b)</sup>
dar. in Wasserkraftwerken	Mill. kWh	2 495	4 456	4 237	3 717	.
in Werken für die öffentliche Versorgung	Mill. kWh	18 168	26 044	28 147	29 663	.
dar. in Wasserkraftwerken	Mill. kWh	2 267	4 260	4 072	3 589	.
Kapazität der Kraftwerke	JE	1 000 kW	5 662	8 206	9 149	9 589
dar. Wasserkraftwerke	JE	1 000 kW	929	1 540	1 545	1 539
Werke für die öffentliche Versorgung	JE	1 000 kW	3 940	6 038	6 977	7 350
dar. Wasserkraftwerke	JE	1 000 kW	872	1 492	1 495	1 496
Gaserzeugung	Mill. cbm	4 331	5 796	5 916	6 084	5 299
Produktion ausgewählter Erzeugnisse						
Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden						
Steinkohle	1 000 t	26 214	27 624	26 736	25 944	21 690
Braunkohle	1 000 t	58 403	73 212	74 112	71 364	62 062
Eisenerz (Fe-Inh. 30 %)	1 000 t	3 120	2 448	2 232	1 908	1 304
Erdöl	1 000 t	137	192	190	200	.
Verarbeitende Industrie						
Zement	1 000 t	5 051	5 712	6 132	6 456	5 989 <sup>c)</sup>
Roheisen und Ferrolegierungen	1 000 t	4 739	5 928	6 360	6 924	5 771
Rohstahl	1 000 t	6 768	8 604	9 120	9 996	9 690 <sup>c)</sup>
Dieselmotoren	St	18 742	7 370	6 877	8 166	.
Schlepper	St	32 492	30 534	28 164	28 669	.
Personenkraftwagen	1 000	56,2	77,8	92,8	111,7	103,1
Lastkraftwagen <sup>3)</sup>	1 000	51,6	49,6	49,0	52,3	41,9
Stickstoffhaltige Düngemittel <sup>4)</sup>	1 000 t	139,9	219,8	250,5	245,0	.
Phosphathaltige Düngemittel <sup>5)</sup>	1 000 t	147,0	257,9	261,0	274,2	.
Schwefelsäure	1 000 t	553	934	983	1 012	896 <sup>c)</sup>
Atznatron (100 % NaOH)	1 000 t	115	158	175	178	153
Schnittholz	1 000 cbm	3 973	3 644	3 648	.	.
Papier	1 000 t	443	519	544	584	.
dar. Zeitungspapier	1 000 t	34	78	87	95	.
Bereifungen	1 000	1 109	1 512	1 716	1 908	1 766
Reyon	1 000 t	68 <sup>d)</sup>	69	71	73	.
Baumwollgarn <sup>6)</sup>	1 000 t	102	108	112	112	94
Baumwollgewebe	Mill. m	464	500	518	515	421
Weizenmehl	1 000 t	1 094	1 344	1 308	1 284	1 078
Zucker	1 000 t	958	704	894	822	.
Butter	1 000 t	58	84	84	81	.
Bier	Mill. hl	14,1	18,8	19,4	19,4	.
Traubenwein, in Flaschen	1 000 hl	646	699	726	744	.
Obstwein	1 000 hl	245	182	217	168	.
Mineralwässer	1 000 hl	1 108	1 349	1 466	1 561	.
Zigaretten	Mrd. St	18,6	19,3	20,1	19,9	.
		1960	1964	1965	1966	1967
Bau- und Wohnungswesen						
Fertiggestellte Wohnungen	Anzahl	73 766	77 301	77 818	75 526	79 297 <sup>e)</sup>
Staatlicher, genossenschaftlicher und Betriebswohnungsbau	Anzahl	55 810	57 012	58 623	56 354	59 462

1) 10 Monate (Januar bis Oktober). - 2) Ohne Verlagswesen. - 3) Einschl. Bussen, Walzfahrzeugen, Traktoren u. a., ohne Fahrzeuge im Baugewerbe. - 4) N-Inhalt. - 5) P<sub>2</sub>O<sub>5</sub>-Inhalt. - 6) Einschl. Mischgarn.

a) Vierteljahresindizes (Juli bis September). - b) Januar bis Dezember. - c) 11 Monate. - d) 1963. -

e) 1968 sah der Plan die Fertigstellung von 92 000 Einheiten vor; tatsächlich fertiggestellt wurden 85 002.

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1960	1964	1965	1966	1967
Privater Wohnungsbau	Anzahl	17 956	20 289	19 195	19 172	19 835
Gesamte Wohnfläche	1 000 qm	2 869	3 136	3 187	3 168	3 362
Staatlicher, genossenschaftlicher und Betriebswohnungsbau	1 000 qm	2 057	2 187	2 275	2 249	2 384
Privater Wohnungsbau	1 000 qm	812	949	912	919	978
Außenhandel - Nationale Statistik						
Einfuhr (fob)	Mill. US-\$	1 815,6	2 428,9	2 672,5	2 736,0	2 680,1
Ausfuhr (fob)	Mill. US-\$	1 929,5	2 575,7	2 688,5	2 745,0	3 013,8
Ausfuhr- (+) bzw. Einfuhr-überschuß (-)	Mill. US-\$	+ 113,9	+ 146,8	+ 16,0	+ 9,0	+ 333,7
Einfuhr aus wichtigen Herstellungsländern						
EWG	Mill. US-\$	136,0	156,9	188,5	224,6	223,3
Bundesrepublik Deutschland	Mill. US-\$	59,4	70,3	87,9	81,1	82,6
Sowjetunion	Mill. US-\$	630,3	912,8	954,7	914,6	965,4
Sowjet. Bes.-Zone Deutschlands	Mill. US-\$	198,2	254,0	288,0	318,2	320,2
Polen	Mill. US-\$	110,6	193,3	208,6	179,7	199,2
Ungarn	Mill. US-\$	93,9	146,9	171,4	171,8	150,8
Ausfuhr nach wichtigen Verbrauchsländern						
EWG	Mill. US-\$	134,7	194,1	197,9	216,1	236,8
Bundesrepublik Deutschland	Mill. US-\$	67,9	82,6	92,2	94,2	102,6
Sowjetunion	Mill. US-\$	658,6	961,7	1 022,8	920,4	977,2
Sowjet. Bes.-Zone Deutschlands	Mill. US-\$	195,4	265,9	277,1	297,4	318,6
Polen	Mill. US-\$	128,3	192,8	248,7	236,5	234,9
Ungarn	Mill. US-\$	111,7	158,1	132,2	132,2	152,4
Wichtige Einfuhrwaren bzw. -gruppen						
Nahrungsmittel	Mill. US-\$	186,1	220,3	233,2	258,1	246,0
Rohstoffe für die Nahrungsmittelindustrie	Mill. US-\$	214,6	254,0	191,7	188,9	192,6
And. Rohstoffe pflanzl. und tier. Ursprungs	Mill. US-\$	276,1	306,5	333,1	345,6	342,6
Brennstoffe, min. Rohstoffe und Metalle	Mill. US-\$	503,9	671,3	735,7	656,0	686,0
Chem. Erzeugnisse, Düngemittel und Kautschuk	Mill. US-\$	163,6	183,6	203,0	207,6	213,3
Baustoffe	Mill. US-\$	15,6	15,7	33,1	32,2	29,7
Maschinen und Ausrüstungen	Mill. US-\$	393,2	683,0	799,7	886,1	820,3
Industrielle Konsumgüter	Mill. US-\$	61,3	92,1	139,7	159,3	148,2
Wichtige Ausfuhrwaren bzw. -gruppen						
Nahrungsmittel	Mill. US-\$	61,8	91,9	79,6	65,3	78,9
Rohstoffe für die Nahrungsmittelindustrie	Mill. US-\$	38,6	42,4	39,0	40,8	46,3
And. Rohstoffe pflanzl. und tier. Ursprungs	Mill. US-\$	108,1	119,7	129,2	137,8	133,3
Brennstoffe, min. Rohstoffe und Metalle	Mill. US-\$	380,7	537,2	546,8	519,3	512,6
Chem. Erzeugnisse, Düngemittel und Kautschuk	Mill. US-\$	54,2	89,0	101,7	107,2	122,4
Baustoffe	Mill. US-\$	28,6	36,1	40,4	42,5	48,6
Maschinen und Ausrüstungen	Mill. US-\$	870,3	1 210,6	1 303,5	1 364,3	1 393,2
Industrielle Konsumgüter	Mill. US-\$	385,7	444,4	443,6	465,6	525,4
		1960	1965	1966	1967	1968
Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland (Deutsche Statistik)						
Einfuhr (Tschechoslowakei als Herstellungsland)	1 000 US-\$	61 688	84 120	86 596	90 289	115 187
Ausfuhr (Tschechoslowakei als Verbrauchsland)	1 000 US-\$	65 182	100 593	125 759	131 281	176 808
Ausfuhr- (+) bzw. Einfuhr-überschuß (-)	1 000 US-\$	+ 3 494	+ 16 473	+ 39 163	+ 40 992	+ 61 621

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1960	1965	1966	1967	1968
<b>Wichtige Einfuhrwaren bzw. -gruppen</b>						
Obst und Gemüse	1 000 US-\$	2 701	6 971	7 700	7 114	8 077
dar. Gemüse, Pflanzen, Knollen für Ernährung	1 000 US-\$	1 548	3 709	3 431	3 725	3 912
Rohholz, grob zugerichtet	1 000 US-\$	2 772	5 056	6 076	4 537	5 848
Holz, einfach bearbeitet	1 000 US-\$	2 661	3 628	3 757	3 023	3 273
Mineral. Rohstoffe	1 000 US-\$	2 801	4 810	4 730	4 468	7 526
Kohle, Koks, Briketts	1 000 US-\$	8 421	6 545	6 649	6 380	6 572
Erdöldestillations- erzeugnisse	1 000 US-\$	798	920	696	2 336	2 680
Organ. chemische Erzeug- nisse	1 000 US-\$	1 537	3 072	3 412	3 208	3 756
Teer und rohe chemische Erzeugnisse	1 000 US-\$	2 715	2 522	2 184	2 356	2 385
Garne, Gewebe, Textil- waren	1 000 US-\$	1 994	2 571	3 498	3 382	5 814
Eisen und Stahl	1 000 US-\$	7 304	4 230	5 788	7 786	11 827
NE-Metalle	1 000 US-\$	1 420	2 430	1 309	2 619	5 169
dar. Kupfer	1 000 US-\$	423	1 524	667	653	2 045
Nichtelektrische Maschinen	1 000 US-\$	5 053	5 937	4 788	3 282	7 524
Kraftfahrzeuge	1 000 US-\$	1 277	3 946	3 024	2 292	3 093
Bekleidung	1 000 US-\$	351	514	1 349	1 700	3 752
<b>Wichtige Ausfuhrwaren bzw. -gruppen</b>						
Weizen	1 000 US-\$	-	190	1 227	37	3 531
Organ. chemische Erzeug- nisse	1 000 US-\$	1 387	6 666	8 282	10 797	7 860
Chemische Düngemittel	1 000 US-\$	-	1 890	914	-	3 300
Kunststoffe, Kunstharze	1 000 US-\$	2 192	3 071	4 355	6 556	7 442
Garne, Gewebe, Textil- waren	1 000 US-\$	667	2 595	2 982	3 126	4 544
Eisen und Stahl	1 000 US-\$	30 658	18 809	19 806	26 708	23 428
Silber, Platin usw.	1 000 US-\$	283	1 997	2 570	1 870	6 092
Kupfer	1 000 US-\$	6 303	1 638	4 092	1 900	9 130
Nichtelektrische Maschinen	1 000 US-\$	11 040	30 601	40 697	38 190	58 390
Elektrische Maschinen, Apparate, Geräte	1 000 US-\$	2 500	6 435	7 981	6 778	6 668
Bekleidung	1 000 US-\$	81	1 219	1 670	1 277	3 142
Feinmechanische und optische Erzeugnisse	1 000 US-\$	692	2 408	2 951	2 276	3 355
		1960	1964	1965	1966	1967
<b>Verkehr</b>						
<b>Eisenbahnverkehr</b>						
Streckenlänge insgesamt	km	13 139	13 197	13 301	13 330	13 332
elektrifiziert	km	860	1 452	1 790	1 891	2 165 <sup>a)</sup>
Slowakei	km	3 568	3 557	3 689	3 676	3 679
elektrifiziert	km	263	451	507	504	623
<b>Fahrzeugbestand</b>						
Lokomotiven	JA 1 000	4,3	4,6	4,7	4,8	.
Personenwagen	JA 1 000	12,5	11,0	10,7	10,7	.
Güterwagen	JA 1 000	131,0	132,0	133,3	136,0	.
Personenkilometer	Mrd.	19,3	19,2	19,8	19,4	19,8 <sup>b)</sup>
Nettotonnenkilometer	Mrd.	47,4	55,4	56,9	57,6	55,8 <sup>c)</sup>
<b>Straßenverkehr</b>						
Straßenlänge (Staats- straßen)	km	73 393	72 832	72 856	72 908	73 057
Slowakei	km	16 600	16 606	16 625	16 686	16 702
<b>Bestand an Kraftfahr- zeugen</b>						
Personenkraftwagen	1 000	156	220	385	.	.
Lastkraftwagen	1 000	85	112	.	152	.
Omnibusse	1 000	4,1	4,3	143	.	.
Personenkraftwagen je 1 000 Einw.	Anzahl	11	16	27	.	.

a) JE 1968: 2 350 km. - b) Januar bis September 1968: 14,3 Mrd. Personenkilometer. - c) Januar bis Oktober 1968: 46,4 Mrd. Nettotonnenkilometer.

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1960	1964	1965	1966	1967
<b>Omnibusverkehr</b>						
Omnibuslinien	Anzahl	4 219	4 693	4 920	5 020	5 184
Länge der Omnibuslinien	1 000 km	119	139	146	155	178
Slowakei	1 000 km	34	44	46	49	57
Beförderte Personen	Mill.	1 174	1 569	.	1 672	.
<b>Rohrfernleitungen<sup>1)</sup></b>						
Beförderte Menge Rohöl	1 000 t	-	5 531	6 974	8 020	8 918
dar. für die Tschechoslowakei	1 000 t	-	4 194	5 189	5 828	6 705
Beförderungsleistung	Mill. tkm	-	2 454	3 183	3 958	4 284
dar. für die Tschechoslowakei	Mill. tkm	-	1 899	2 441	3 047	3 553
<b>Binnenschifffahrt</b>						
Länge der Wasserstraßen	km	3 866	3 866	3 866	3 866	3 866
Slowakei	km	2 322	2 322	2 322	2 322	2 322
Beförderte Personen	1 000	2 756	4 091	4 331	3 896	.
Beförderte Güter	1 000 t	3 530	4 498	4 056	4 346	4 197
Einfuhr	1 000 t	1 385	1 108	1 199	1 325	1 147
Ausfuhr	1 000 t	699	865	1 050	1 053	1 177
Nettotonnenkilometer	Mill.	1 962	2 170	2 172	2 412	2 243
<b>Seeschifffahrt</b>						
Bestand an Handels- schiffen	JE Anzahl	10	12	9	10	8
Beförderte Güter	1 000 BRT 1 000 t	70,6 494,5	93,2 848,2	72,6 714,0	96,8 653,8	80,6 833,9
<b>Luftverkehr</b>						
Beförderte Personen	1 000	754	1 050	1 245	1 360	1 393
Inlandsverkehr	1 000	621	805	944	969	989
Auslandsverkehr	1 000	115	207	270	361	383
Lufttaxidienst	1 000	18	38	31	30	21
Beförderte Güter <sup>2)</sup>	1 000 t	15,3	23,4	24,5	24,1	22,5
Inlandsverkehr	1 000 t	9,9	14,3	14,7	13,2	11,6
Auslandsverkehr <sup>3)</sup>	1 000 t	5,4	9,1	9,8	10,9	10,9
Personenkilometer <sup>3)</sup>	Mill.	344	610	680	752	754 <sup>a)</sup>
Nettotonnenkilometer <sup>3)</sup>	Mill.	7	19	17	15	14 <sup>b)</sup>
<b>Nachrichtenverkehr</b>						
Briefsendungen	Mill.St	1 681	1 974	2 087	2 132	2 092
Fernsprechanchlüsse	1 000	1 016	1 399	1 492	1 583	1 679 <sup>c)</sup>
Slowakei	1 000	165	278	307	336	366
Rundfunkeilnehmer <sup>4)</sup>						
Hörfunk <sup>5)</sup>	JE 1 000	3 104	3 094	3 100	3 179	3 185 <sup>d)</sup>
Slowakei	1 000	669	726	736	752	754 <sup>e)</sup>
Fernsehen	JE 1 000	795	1 899	2 113	2 375	2 600 <sup>e)</sup>
Slowakei	1 000	84	338	403	492	559
		1960	1965	1966	1967	1968
<b>Fremdenverkehr</b>						
Grenzankünfte einreisender Auslandsgäste nach aus- gewählten Herkunftsländern <sup>6)</sup>	1 000	176	2 947	3 518	4 604	3 700 <sup>f)</sup>
Ungarn	%	20,0	26,8	24,8	29,4	.
Deutschland						
Sowjetische Besatzungs- zone	%	36,2	23,6	23,7	28,4	32,4
Bundesrepublik Deutschland	%	1,2	6,0	6,3	5,4	5,6
Polen	%	6,3	24,7	25,8	19,3	.
Österreich	%	5,9	8,5	8,1	6,8	.
Sowjetunion	%	11,8	1,7	1,4	1,5	.
Jugoslawien	%	.	0,8	0,8	1,1	.
Bulgarien	%	.	0,7	1,2	1,1	.
Frankreich	%	4,3	1,0	1,1	0,9	.
Vereinigte Staaten	%	3,9	0,9	1,0	0,8	.

1) Eine Erdgasfernleitung von der sowjetischen Grenze nach Preßburg ist am 30. 6. 1967 in Betrieb genommen worden. - 2) Einschl. Lufttaxidienst. - 3) Nur Linienverkehr der nationalen Gesellschaft, einschl. der im Ausland beflogenen Strecken. - 4) Empfangsgenehmigungen. - 5) Ohne Lautsprecher-Sammelübertragungsanlagen. - 6) Nur Meldungen des Reisebüros CEDOK.

a) Januar bis August 1968: 545 Mill. Personenkilometer. - b) Januar bis August 1968: 9 Mill. Nettotonnenkilometer. - c) JM 1968: 1 739 000 Fernsprechanchlüsse. - d) JM 1968: 3 218 000. - e) JM 1968: 2 735 000. f) Januar bis September.



Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1960	1965	1966	1967	1968
Italien	%	.	0,8	0,8	0,7	.
Rumänien	%	1,2	0,4	0,7	0,7	.
Großbritannien und Nord- irland	%	2,2	0,6	0,8	0,5	.
Schweden	%	.	0,4	0,5	0,5	.
Beherbergungsbetriebe <sup>1)</sup>	JE	2 294	2 915	3 028	2 578	.
Hotels	Anzahl	.	1 076	1 084	1 111	.
Motels	Anzahl	.	7	8	184	.
Gasthäuser	Anzahl	.	1 258	1 210	917	.
Erholungsheime	Anzahl	.	410	421	276	.
Sonstige	Anzahl	.	164	305	90	.
Betten in Beherbergungs- betrieben 1)	JE	1 000	78	137	131	121
Hotels	1 000	.	59	59	64	.
Motels	1 000	.	1	1	6	.
Gasthäuser	1 000	.	52	47	28	.
Erholungsheime	1 000	.	15	16	15	.
Sonstige Unterkünfte	1 000	.	10	8	8	.
Fremdenübernachtungen in Beherbergungsbetrieben 2)	Mill.	13,2	14,5	15,8	16,2	.
Hotels	Mill.	.	10,3	10,9	11,6	.
Motels	Mill.	.	0,1	0,1	0,9	.
Gasthäuser	Mill.	.	2,8	3,0	2,4	.
Erholungsheime	Mill.	.	0,9	1,1	0,9	.
Sonstige Unterkünfte	Mill.	.	0,4	0,7	0,4	.

#### Geld und Kredit

##### Währung

Koruna (Kčs) Tschechoslowakische Krone = 100 Haleru (h)

Kurs New Yorker Notierung 3)	JE	DM für 1 Kčs	0,5872	0,5592	0,5592	0,5592	0,5592
	JE	US-\$ für 1 Kčs	0,1398	0,1398	0,1398	0,1398	0,1398
Verbrauchergeldparität der tschechoslowakischen Krone im Verhältnis zur DM nach deutschem Verbrauchs- schema 100 Kčs = ... DM <sup>4)</sup>	D	DM	24,66	27,78	28,72 <sup>a)</sup>	.	.
Bargeldumlauf (Noten und Münzen)		Mrd. Kčs	9,5	11,7	12,3	13,9	15,2
Bargeldumlauf je Ein- wohner		Kčs	695	826 <sup>b)</sup>	863	972	1 058
Bankkredite an Private <sup>5)</sup>	JE	Mill. Kčs	2 400	4 311	5 616	6 821	.
Spareinlagen	JE	Mill. Kčs	14 372	19 513	20 605	23 685	.
			1960	1964	1965	1966	1967

#### Öffentliche Finanzen

Staatshaushalt <sup>6)</sup>							
Einnahmen	Mill. Kčs	103 593	130 414	116 203	152 905	142 522 <sup>c)</sup>	
Einnahmen aus dem sozialistischen Sektor	Mill. Kčs	89 070	113 161	97 575	132 710	120 979	
Steuern, Gebühren und Abgaben der Bevölke- rung	Mill. Kčs	11 268	13 105	14 392	15 259	16 669	
Sonstige Einnahmen	Mill. Kčs	3 255	4 148	4 236	4 936	4 874	
Ausgaben	Mill. Kčs	103 406	130 318	116 138	152 905	142 522 <sup>c)</sup>	
Wirtschaftsaufwen- dungen	Mill. Kčs	51 341	69 447	54 768	88 858	68 143	
Kulturelle und soziale Aufwendungen	Mill. Kčs	40 286	47 177	48 253	50 358	58 813	

1) 1967: Stand 30. September. - 2) 1967: Januar bis September. - 3) Für bestimmte Transaktionen und Touristen gelten Sonderkurse; vgl. hierzu die Texterläuterungen. - 4) Zurückgerechnet nach dem für September 1959 durchgeführten Preisvergleich. - 5) Sparbanken. - 6) Kalenderjahre. Ab 1966 Voranschläge.

a) Februar. - b) Einschl. 1 Mill. Kčs an die Nationalausschüsse und gesellschaftlichen Organisationen. - c) Voranschlag 1968: Einnahmen 144,8 Mrd. Kčs; davon: Einkommensteuer 47,9 Mrd. Kčs, Umsatzsteuer 41,8 Mrd. Kčs, Direkte Steuern 17,8 Mrd. Kčs, Sonstige Einnahmen 37,3 Mrd. Kčs. Ausgaben: 144,8 Mrd. Kčs; davon: Wirtschaftsaufwendungen 64 Mrd. Kčs, Kulturelle und soziale Angelegenheiten 64,6 Mrd. Kčs, Verteidigung 12,9 Mrd. Kčs, Verwaltung 3,3 Mrd. Kčs. Der Staatshaushalt 1969 sieht Einnahmen und Ausgaben in Höhe von je 156,2 Mrd. Kčs vor.

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1960	1964	1965	1966	1967
Verteidigung und Sicherheit	Mill. KČs	8 783	10 948	10 272	10 831	12 373
Verwaltung	Mill. KČs	2 996	2 746	2 845	2 858	3 193
Mehreinnahmen (+), -ausgaben (-)	Mill. KČs	+ 187	+ 96	+ 65	-	-
Haushalte der National- ausschüsse 1)						
Einnahmen	Mill. KČs	37 085	34 636	35 492	38 019	49 298
Eigene Einnahmen	Mill. KČs	10 583	15 412	14 950	17 253	21 884
Regulationseinnahmen 2)	Mill. KČs	26 502	19 224	20 542	20 766	27 414
Ausgaben	Mill. KČs	36 727	32 005	33 573	36 537	47 243
Wirtschaftsaufwen- dungen	Mill. KČs	15 351	9 738	10 200	11 957	15 761
darunter:						
Kommunale Wirtschafts- betriebe	Mill. KČs	2 236	1 970	2 174	2 807	4 304
Wasserwirtschaft	Mill. KČs	1 248	1 890	2 049	1 587	1 600
Land- und Forstwirt- schaft	Mill. KČs	7 616	1 22	21	20	15 <sup>a)</sup>
Kulturelle und soziale Aufwendungen	Mill. KČs	19 492	20 860	21 679	22 867	28 916
darunter:						
Schul- und Bildungs- wesen	Mill. KČs	6 428	8 532	9 136	9 519	10 446
Gesundheitswesen	Mill. KČs	5 746	6 534	6 794	6 993	8 047
Verwaltung	Mill. KČs	1 798	1 407	1 428	1 449	1 593
Preise und Löhne						
Preise						
Einkaufspreisindex für landwirtschaftliche Produkte 3)	1963 = 100	96,7	104,2	105,6	108,3	120,7
Pflanzliche Produkte	1963 = 100	91,4	102,2	97,9	101,7	118,7
Tierische Produkte	1963 = 100	99,6	103,8	105,6	109,7	120,1
Preisindex für die Lebenshaltung 3)						
Arbeiter- und Ange- stelltenhaushalte	1963 = 100	98,8	100,5	101,6	101,9	103,5
Waren 4)	1963 = 100	98,8	100,2	100,8	100,7	102,1
Nahrungsmittel	1963 = 100	98,1	100,6	101,2	100,6	101,6
Industriewaren	1963 = 100	99,8	99,7	100,0	100,9	103,0
Dienstleistungen	1963 = 100	99,8	102,1	107,5	110,1	113,5
Genossenschafts- bauern-Haushalte	1963 = 100	98,8	100,4	100,8	101,0	103,1
Waren 4)	1963 = 100	98,8	100,4	100,7	100,6	102,3
Nahrungsmittel	1963 = 100	98,4	100,9	101,0	99,9	101,2
Industriewaren	1963 = 100	99,2	100,0	100,4	101,2	103,2
Dienstleistungen	1963 = 100	99,7	100,5	101,3	104,2	110,1
Einzelhandelspreise <sup>5)</sup> ausgewählter Waren <sup>5)</sup>						
Weißbrot	KČs/kg	2,60 <sup>b)</sup>	3,60	3,60	3,60	3,60
Weizenmehl	KČs/kg	3,20-3,80	3,20-3,80	3,20-3,80	3,20-3,80	3,20-3,80
Rindfleisch, Lende, ohne Knochen	KČs/kg	.	35,00	35,00	40,00	40,00
Rindfleisch, Brust- stück ohne Knochen	KČs/kg	.	20,00	20,00	20,00	20,00
Schweinekotelett	KČs/kg	.	28,00	28,00	30,00	30,00
Kalbskeule	KČs/kg	.	19,00	19,00	26,00	26,00
Schinken, gekocht	KČs/kg	.	70,00	70,00	70,00	70,00
Speck, geräuchert	KČs/kg	.	35,00	32,00	29,00	29,00
Fisch, frisch 6)	KČs/kg	.	11,00	11,00	11,00	11,00
Margarine	KČs/kg	.	18,80	16,00	16,00	16,00
Schweineschmalz	KČs/kg	28,00	28,00	25,00	22,00	22,00
Milch, pasteurisiert (in Flaschen)	KČs/l	1,80-2,70	1,90	1,90	1,90-3,80	1,90-3,00
Butter	KČs/kg	38,00	38,00	38,00	40,00	40,00
Vollmilchkäse	KČs/kg	.	22,00	22,00	22,00	22,00

1) Alle nachgeordneten Gebietskörperschaften (Kreise, Bezirke und Gemeinden). - 2) Anteil an den Staatseinnahmen und Zuteilungen aus dem Staatshaushaltsplan. - 3) Originalbasis: 1937 = 100. - 4) Einschl. Gemeinschaftsverpflegung. - 5) 1960: April; ab 1964: Oktober. - 6) Karpfen.

a) Nur Landwirtschaft. - b) Mischbrot.

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1960	1964	1965	1966	1967
Eier, frisch	KČs/St	0,90-1,50	1,30	1,30	1,30	1,30
Erbsen, trocken	KČs/kg	.	7,00	7,00	8,00	8,00
Kartoffeln	KČs/kg	0,62	0,70	0,80	0,70	0,70
Zwiebeln	KČs/kg	.	3,00	3,00	3,00	3,60
Äpfel	KČs/kg	.	5,00	6,03	4,70	3,10
Apfelsinen	KČs/kg	.	18,00	16,00	14,00	14,00
Zucker, weiß, granuliert	KČs/kg	9,00	8,40	8,40	7,30	7,30
Kaffee, rein, geröstet	KČs/kg	190,00	180,00	180,00	160,00	160,00
Tee	KČs/kg	170,00	170,00	170,00	190,00	190,00
Kochsalz	KČs/kg	.	1,80	1,80	1,80	1,80
Flaschenbier	KČs/l	2,40	1,60-2,80	1,60-2,80	3,40	3,40
Brennholz	KČs/dz	.	31,00	31,00	31,00	31,00
Haushaltskohle, 1. Qualität	KČs/dz	.	17,60	17,60	19,20	19,20
Elektrischer Strom	KČs/kWh	0,70	0,70	0,70	0,70	0,70
Seife	KČs/100 g	0,72	0,72	0,72	0,72	0,72
Zigaretten <sup>1)</sup>	KČs/20 St	3,20	3,20	3,20	3,20	3,20
Anzugstoff	KČs/m	350,00	350,00	350,00	350,00	370,00
Damenschuhe mit Leder- sohle	KČs/Paar	90,00	130,00	130,00	130,00	135,00
Rundfunkempfangsgeräte, mittelgroß	KČs/St	1 200,00	1 150,00	1 150,00	1 150,00	1 150,00
Fernsehempfangsgeräte	KČs/St	3 500,00	3 650,00	3 800,00	3 620,00	3 650,00
Löhne						
Durchschnittliche Monats- löhne männlicher und weiblicher Arbeiter nach ausgewählten Wirtschaftszweigen	Kcs	1 406	1 505	1 529	1 549	1 609
Energiewirtschaft	KČs	1 620	1 718	1 745	1 776	1 833
Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden	KČs	1 993	2 130	2 137	2 193	2 265
Metallerzeugung						
Schwarzmetalle	KČs	1 725	1 824	1 862	1 885	1 958
Buntmetalle	KČs	1 549	1 620	1 663	1 667	1 751
Maschinen- und Metall- industrie	KČs	1 437	1 541	1 568	1 586	1 649
Chemische Industrie	KČs	1 367	1 470	1 513	1 540	1 605
Baustoffindustrie	KČs	1 480	1 561	1 610	1 630	1 705
Holzindustrie	KČs	1 263	1 335	1 357	1 380	1 450
Zellstoff- und Papier- industrie	KČs	1 296	1 371	1 384	1 406	1 471
Glas-, Keramik- und Porzellanindustrie	KČs	1 230	1 280	1 314	1 316	1 381
Textilindustrie	KČs	1 072	1 138	1 158	1 172	1 232
Bekleidungsindustrie	KČs	1 005	1 107	1 121	1 153	1 164
Leder-, Schuh- und Pelzindustrie	KČs	1 196	1 276	1 307	1 327	1 380
Druck- und Vervielfältigungsgewerbe	KČs	1 259	1 332	1 344	1 346	1 435
Nahrungs- und Genuß- mittelindustrie	KČs	1 274	1 352	1 363	1 379	1 446
Durchschnittliche Monats- löhne im sozialistischen Sektor 2)	KČs	1 349	1 430	1 463	1 503	.
Bereiche der materiellen Produktion	KČs	1 373	1 464	1 503	1 544	.
Landwirtschaft	KČs	1 106	1 235	1 295	1 382	.
Forstwirtschaft	KČs	1 263	1 351	1 440	1 454	.
Industrie	KČs	1 429	1 514	1 546	1 582	.
Bauwesen	KČs	1 517	1 625	1 692	1 752	.
Verkehrswesen	KČs	1 471	1 623	1 631	1 651	.
Post- und Fernmelde- wesen	KČs	1 191	1 269	1 284	1 296	.
Handel und Gemein- schaftsverpflegung	KČs	1 089	1 189	1 221	1 241	.
Bereiche außerhalb der materiellen Produktion darunter:	KČs	1 252	1 310	1 329	1 366	.
Gesundheitswesen und soziale Fürsorge	KČs	1 146	1 163	1 165	1 212	.
Schulwesen, Kultur, Volksbildung und Körpererziehung	KČs	1 226	1 260	1 292	1 324	.
Wissenschaft und Forschung	KČs	1 538	1 685	1 740	1 780	.
Kommunale Dienst- leistungen	KČs	1 044	1 064	1 068	1 130	.

1) Wolle, 140 cm breit. - 2) Ohne Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften (LPG) und ohne Lehrlinge.

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1960	1964	1965	1966	1967
Wohnungswirtschaft	KČs	768	886	913	947	.
Verkehrswesen	KČs	1 435	1 559	1 579	1 606	.
Post- und Fernmelde- wesen	KČs	1 191	1 269	1 284	1 296	.
Verwaltung und Rechtswesen	KČs	1 371	1 484	1 525	1 563	.
Durchschnittliche Brutto- stundenverdienste männ- licher und weiblicher Arbeiter nach Wirt- schaftszweigen und Be- rufen 1)						
Energiewirtschaft						
Elektroinstalla- teur im Außen- dienst	KČs	8,74 <sup>a)</sup>	.	7,89	.	.
Bergbau						
Hauer untertage	KČs	15,98 <sup>b)</sup>	.	15,86	.	.
Verarbeitende Industrie						
Nahrungsmittelindu- strie						
Bäcker	KČs	7,80 <sup>b)</sup>	.	7,21	.	.
Textilindustrie						
Spinner männlich	KČs	7,16 <sup>a)</sup>	.	6,97	.	.
weiblich	KČs	6,04 <sup>a)</sup>	.	6,61	.	.
Weber	KČs	5,98 <sup>a)</sup>	.	6,27	.	.
Bekleidungsindustrie						
Maschinennäherinnen	KČs	5,17 <sup>a)</sup>	.	5,34	.	.
Möbelindustrie						
Tischler	KČs	7,17 <sup>b)</sup>	.	7,40	.	.
Polsterer	KČs	6,33 <sup>a)</sup>	.	6,73	.	.
Druckgewerbe						
Handsetzer	KČs	8,57 <sup>a)</sup>	.	9,04	.	.
Maschinensetzer	KČs	10,78 <sup>a)</sup>	.	10,52	.	.
Eisenschaffende Indu- strie						
Schmelzer	KČs	12,26 <sup>b)</sup>	.	12,84	.	.
Maschinenbau						
Monteur	KČs	8,50 <sup>a)</sup>	.	8,33	.	.
Bank- und Kern- former	KČs	10,29 <sup>b)</sup>	.	10,83	.	.
Fahrzeugbau 2)						
Mechaniker	KČs	8,56 <sup>a)</sup>	.	8,29	.	.
Baugewerbe						
Ziegelmaurer	KČs	7,68	.	8,57	.	.
Zementierer	KČs	7,32	.	8,41	.	.
Zimmermann	KČs	8,19	.	9,24	.	.
Rohrleger und -installateur	KČs	7,47	.	8,39	.	.
Hilfsarbeiter	KČs	6,41	.	7,54	.	.
Verkehr						
Eisenbahnen						
Streckenarbeiter	KČs	.	.	7,24	.	.
Straßenbahn- und Omnibusverkehr						
Fahrer	KČs	.	.	8,16	.	.
Schaffner	KČs	.	.	5,92	.	.
Güterbeförderung im Straßenverkehr						
Lastkraftwagenfahrer (Lkw unter 2 t)	KČs	.	.	7,15	.	.
		1963	1964	1965	1966	1967
Sozialprodukt						
Nettoprodukt						
in jeweiligen Preisen						
insgesamt	Mrd. KČs	172,9	169,5	173,5	192,9	234,1
je Einwohner	KČs	12 390	12 060	12 250	13 550	16 360
Veränderung gegenüber dem Vorjahr						
insgesamt	%	- 1,4	- 2,0	+ 2,4	+ 11,2	+ 21,4
je Einwohner	%	- 2,1	- 2,7	+ 1,6	+ 10,6	+ 20,7

1) 1960: Mai; 1965: Oktober. - 2) In Kraftfahrzeugreparaturwerkstätten.

a) Errechnet aus Monatsverdiensten unter Zugrundelegung einer 45-stündigen Arbeitswoche. - b) Oktober 1961.

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1963	1964	1965	1966	1967
in Preisen von 1960 <sup>1)</sup> insgesamt je Einwohner	Mrd. KČs KČs	171,6 12 300	172,6 12 280	178,5 12 610	196,7 13 810	. .
Veränderung gegenüber dem Vorjahr insgesamt je Einwohner	% %	- 2,2 - 2,8	+ 0,6 - 0,2	+ 3,4 + 2,7	+ 10,2 + 9,5	. .
Verwendung des Netto- produkts	Mrd. KČs	172,9	169,5	173,5	192,9	234,1
davon:						
Individuelle Konsumtion	%	63,9	67,1	68,7	64,7	56,4
Gesellschaftliche Konsumtion	%	19,0	19,9	20,2	19,0	18,6
Akkumulation	%	12,9	10,0	8,8	12,0	20,6
Zuwachs an Grund- mitteln	%	.	.	8,9	8,8	16,2
Zuwachs an materiellen Umlaufmitteln	%	.	.	- 0,1	+ 3,2	+ 4,4
Saldo der Ausfuhr und Einfuhr von Waren und produktiven Dienst- leistungen	%	+ 4,2	+ 2,9	+ 2,2	+ 4,3	+ 4,4

1) Stichtag: 24. April.

## Wirtschaftsplanung

Grundlage der Entwicklung der Volkswirtschaft bildet das sozialistische Wirtschaftssystem. Nahezu alle Produktionsmittel befinden sich in Staats- oder Genossenschaftseigentum. Zur wirtschaftlichen Entwicklung werden Perspektiv-, Fünfjahres- und Operativpläne aufgestellt. Seit Anfang 1967 wurde im Rahmen des schrittweise eingeführten "Neuen ökonomischen Modells" die administrative Planung durch fiskalische und monetäre Lenkungsinstrumente modifiziert.

Die Wirtschaftsentwicklung nach dem zweiten Weltkrieg basierte auf der Vergesellschaftung der Produktion (Gesetze vom 28. Oktober 1945 und 20. Februar 1948). Der Bergbau, die Großindustrie, das Bank- und Versicherungswesen wurden verstaatlicht. Durch Bodenreformen nahm der Anteil des staatlichen und genossenschaftlichen Sektors in der Landwirtschaft sprunghaft zu. Bei wachsender wirtschaftlicher Verflechtung im Rahmen des RGW, vor allem mit der Sowjetunion, sind in den Jahren bis 1965 jeweils rund 45 bis 65 % der industriellen Investitionen für den Ausbau der Grundstoffindustrien verwendet worden. Das Land wurde weitgehend von den Lieferungen aus der Sowjetunion abhängig, vor allem bei Erdöl, Eisenerz, Buntmetallen und Baumwolle. Nach einem Zweijahresplan (1947 bis 1948) zum Wiederaufbau der Wirtschaft war für die Jahre 1949 bis 1953 ein erster Fünfjahresplan aufgestellt worden. Er sollte Fortschritte der Industrialisierung und einen völligen Umbau der Industriestruktur bringen. Der Ausbau anderer Wirtschaftszweige, auch der Grundstoffindustrie und der Energiequellen konnte mit der Erweiterung des Schwermaschinenbaues nicht Schritt halten, so daß Disproportionen im Wachstum der Volkswirtschaft auftraten. Zwei anschließende Jahrespläne für 1954 und 1955 dienten insbesondere der Entwicklung der Landwirtschaft.

Das Planungssystem hat sich mehrfach verändert. Ein zentrales Staatliches Planamt wurde 1949 geschaffen. Im April 1958 ist die Wirtschaftsverwaltung teilweise dezentralisiert worden. An die Stelle einheitlicher Hauptverwaltungen traten Zusammenschlüsse von Staatsbetrieben mit eigenen finanziellen und operativen Kompetenzen. Die 1960 zunächst beendete Reform der Wirtschaftsleitung erhöhte den Anteil der von den Unternehmen (aus nicht an den Staatshaushalt abzuführenden Gewinnen und Amortisationsbeträgen) selbst finanzierten Investitionen. Damit wurde eine stärkere Beteiligung der unteren Instanzen an der Plandurchführung erreicht; nur die Perspektivplanung über größere Zeiträume erfolgte weiterhin zentral.

Der zweite Fünfjahresplan (1956 bis 1960) war auf den gleichzeitig laufenden sowjetischen Plan abgestimmt. Die Schwerindustrie wurde weiter vorrangig gefördert, der Konsumgütererzeugung jedoch mehr Aufmerksamkeit als bisher gewidmet. Gegenüber dem ersten Plan sollte das Volkseinkommen um 48 % steigen und die Bruttoproduktion der Industrie bis 1960 um mehr als 50 % erhöht werden. Bei der Durchführung dieses Planes traten aber Störungen auf, die mehrere Revisionen der Planziele notwendig machten. Ein dritter Fünfjahresplan für die Jahre 1961 bis 1965 ist Mitte 1962 wegen großer Rückstände und Mängel vor allem in der Hüttenindustrie und im Schwermaschinenbau abgebrochen worden. Für 1963 und die folgenden zwei Jahre traten sogenannte Stabilisierungspläne in Kraft. Ein vorgesehener Siebenjahresplan (1964 bis 1970) wurde nicht durchgeführt. Wachsende wirtschaftliche Schwierigkeiten, die seit 1960 in sinkenden Zuwachsraten des Nationaleinkommens und der Industrieproduktion erkennbar wurden, waren u. a. durch Fehler im Planungssystem, stagnierende Arbeitsproduktivität infolge von veralteten Ausstattungen und Arbeitskräftemangel sowie durch starke Preisverzerrungen verursacht. Ausgehend von Reformvorschlägen des Wirtschaftswissenschaftlers Ota Šik setzte Ende 1964 eine Diskussion um Reformen des Systems der Wirtschaftsführung ein. Das Reformprogramm sah vor, den untersten Wirtschaftseinheiten im Rahmen der weiterbestehenden zentralen Planung einen hohen Selbständigkeitsgrad ihrer Produktions-, Investitions- und Lohnpolitik einzuräumen. Die Zentralplanung sollte auf eine gesamtwirtschaftliche Perspektive der Entwicklung und auf die langfristige Festlegung der wichtigsten Strukturdaten (z. B. die Verteilung des Volkseinkommens) beschränkt werden. Vom März 1965 an wurde das "Neue Wirtschaftssystem" zunächst in rd. 200 Großbetrieben mit einem Anteil von etwa einem Fünftel der Industrieproduktion eingeführt.

Die Hauptziele des vierten Fünfjahresplanes (1966 bis 1970) bestehen in der Konsolidierung der Volkswirtschaft. Die Industriestruktur soll durch erhöhte Investitionen in der Maschinen- und Leichtindustrie verändert werden, um die Importabhängigkeit zu mindern. Ältere Produktionsanlagen, besonders in der Maschinen- und der chemischen Industrie, sollen modernisiert werden. Der Ausbau der Nahrungs- und Konsumgüterindustrie soll eine erhebliche Steigerung des Lebensstandards ermöglichen. Auch die landwirtschaftliche Erzeugung soll durch verstärkten Einsatz von Kunstdünger und die Einführung von verbesserten Produktions- und Verarbeitungsmethoden erhöht werden. Zugleich soll mit der Plandurchführung das Planungssystem reformiert werden. Seit Anfang 1966 traten neue Grundsätze der Preisbildung in Kraft, um die bisher durch fehlerhafte Festlegung, Subventionen und Dotationen verzerrte Preisstruktur zu korrigieren. Kernstück der Reformen sollten die am 1. Januar 1967 erlassenen "Allgemeinen Richtlinien der Betriebsführung" sein, die zunächst nur für die Industrie, das Bauwesen und den Binnenhandel gelten. Abführungen aus dem Bruttoeinkommen der Unternehmen (grundsätzlich 18 %, Abgaben auf das Anlage- und Umlaufvermögen (zwischen 6 % und 2 %) sowie eine Abgabe zur Kontrolle und Steuerung der gesamtwirtschaftlichen Lohnsumme und Beschäftigung sollen als indirekte Lenkungsinstrumente der Wirtschaft dienen. Der Staat behält hauptsächlich über die Investitionsfinanzierung erhebliche Eingriffsmöglichkeiten. Rund 60 % der Investitionen werden durch die Staatsbank finanziert.

Das neue System schenkt den Perspektivplänen, die 10 bis 15 Jahre umfassen, besondere Aufmerksamkeit. Sie stützen sich auf langfristige Perspektiven der technisch-ökonomischen Entwicklung der einzelnen Branchen. In Fünfjahresplänen wird die Konzeption der Entwicklung aufgeschlüsselt, während Operativpläne der Realisierung der in den Fünfjahresplänen festgelegten Ziele dienen. Im Verlauf des gegenwärtigen Planes ist eine Steigerung der chemischen Produktion um 50 % vorgesehen; der Produktionszuwachs in der Maschinenindustrie soll 43 % im Vergleich zu 1965 betragen. Im Wohnungsbau sollen 460 000 neue Wohnungen und im Verkehrswesen u. a. ein Abschnitt der Autobahn Prag - Brünn fertiggestellt sowie die Elektrifizierung der Eisenbahnen weitergeführt werden. In der Landwirtschaft soll die jährliche Zuwachsrate 4 % erreichen. Die allgemeine Arbeitsproduktivität soll um etwa 23 % steigen. Der vierte Fünfjahresplan behandelt die Slowakei hinsichtlich der Investitionen bevorzugt. Ein Viertel der gesamten Industrieproduktion des Landes und ein Drittel der Agrarproduktion sollen 1970 aus der Slowakei kommen, wobei auch hier ein besseres Gleichgewicht zwischen den einzelnen Industriezweigen und eine stärkere Förderung der verarbeitenden Industrie sowie des tertiären Sektors angestrebt wird.

Im April 1968 wurde die Bildung eines Wirtschaftsrates als oberstem Organ der Wirtschaftspolitik beschlossen. Der Wirtschaftsrat soll grundsätzliche wirtschaftspolitische Entscheidungen auf der Basis des Meinungsaustausches zwischen den einzelnen Gruppen und nach Anhören der führenden Wirtschaftsexperten treffen. Infolge der militärischen Besetzung und der politischen Gegebenheiten seit August 1968 sind Rückschläge bei der Plandurchführung eingetreten und die weitere Durchführung der Wirtschaftsreformen ist fraglich; ihr künftiger Verlauf wird auch von neuen Überlegungen beeinflusst, die sich aus der Föderalisierung des Staatsaufbaus ergeben. Die Reformen müssen sich außer an der gesamtstaatlichen Wirtschaft und der RGW-Verflechtung verstärkt auch an den wirtschaftlichen Besonderheiten der beiden Teilrepubliken (ČSR und SSR) mit ihren eigenständigen Entwicklungsbedürfnissen orientieren. Die Wirtschaftsentwicklung bis 1975 soll ein "Konsolidierungsprogramm" festlegen, das z. Z. ausgearbeitet wird. Die Volkswirtschaftspläne der Sowjetunion und der Tschechoslowakei für die Planperiode 1971 bis 1975 werden im Sinne einer noch stärkeren wechselseitigen Verflechtung koordiniert.

# B i l a t e r a l e   A b k o m m e n mit der Bundesrepublik Deutschland

- Handelsabkommen vom 3. 12. 1948
- in Kraft seit dem 1. 10. 1948
  - Verlängerung um jeweils ein Jahr
  - Kündigungsfrist 30 Tage
- Abkommen über den Waren- und Zahlungsverkehr vom 3. 8. 1967
- in Kraft seit dem 15. 2. 1968
  - gültig bis zum 31. 12. 1969
  - automatische Verlängerung um jeweils ein Jahr
  - Kündigungsfrist drei Monate vor Ablauf des Kalenderjahres
  - Warenlisten gültig vom 1. 1. 1967 bis zum 31. 12. 1969
  - Zahlungsverkehr in frei konvertierbaren Währungen
- Erstes Protokoll zum Abkommen über den Waren- und Zahlungsverkehr
- unterzeichnet am 3. 2. 1969

## Q u e l l e n h i n w e i s e \*)

<u>Herausgeber oder Verfasser</u>	<u>Titel</u>
Státní Statistický Úřad <sup>1)</sup> , Praha [Statistisches Zentralamt]	Statistická Ročenka Československé Socialistické Republiky, 1968
	Čísla pro každého 1967/68
	Czechoslovak Statistical Abstract 1965
	Statistické Přehledy
	Statistika. Ekonomicko-Statistický Časopis [früher u. d. T.: Statistické Zprávy]
	Demografie. Revue pro výzkum populačního vývoje
—, Institut Demografie	Demosta. Bulletin pro demografii a Statistiku
Orbis, Prag	Statistische Übersicht 1968
	Die Tschechoslowakei in Wort und Zahl, 1964
Zentralrat der Gewerkschaften im Verlag der Revolutionären Gewerkschaftsbewegung, Prag	Die soziale Sicherheit in der Tschechoslowakei, 1966
	Prager Volkszeitung [bis 1965: Aufbau und Frieden]
Fragopress Features, Prag	Tschechoslowakei. Jahrbuch 1967
Československá Akademie VĚD a Ustřední Správa Geodézie a Kartografie, Praha	Atlas Československé Socialistické Republiky, 1966
M. Blažek	Ökonomische Geographie der Tschechoslowakischen Republik, 1959
Zdeněk Štich	Das tschechoslowakische Gesundheitswesen, 1963

\*) Nur nationale Quellen; im übrigen wird auf die sonstigen auslandsstatistischen Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes sowie das internationale statistische Quellenmaterial verwiesen.

1) Ab 1969: Federální Statistický Úřad [Statistisches Bundesamt].